

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

»Die Situation ist nicht hinnehmbar«
Sonja Ablinger

Warum sich Deutschland bewegen
muss, wenn wir den Euro retten wollen
Dominik Bernofer

Die EZB muss kämpfen
Friederike Spiecker

Rio minus 20
Bernhard Obermayr



4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 718

MEGACOOOL 4.0
Künstlerhaus k/haus

EDITORIAL

Wenn Uwe Scheuch und Haiders Nachlassverwalter in Kärnten ins Spiel kommen, dann ist die Assoziation zu Napoleons Diktum, dass es »vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt« sei, niemals fern. Dass Scheuch im neu aufge-rollten »Part of the Game«-Prozess zum zweiten Mal (nicht rechtskräftig) verurteilt wurde, veranlasst Scheuch nicht etwa zum Rücktritt, sondern zur trotzigen Erklärung, dass selbst bei rechtskräftiger Verurteilung zu sieben Monaten bedingter Haft sein »Rücktritt« nicht »gesetzlich vorgesehen« wäre (den Unterschied zwischen einem – aus Einsicht über eigenes Fehlverhalten selbstgewählten – Rücktritt und gesetzlich vorgesehenen Amtsverlust vermag Scheuch offenbar nicht zu erkennen). Seine Parteifreunde sorgten durch eine Gesetzesänderung noch rechtzeitig vor dem zweiten Prozess dafür, dass er selbst bei einer rechtskräftigen Verurteilung zu 18 Monaten unbedingter Haft seines Amtes nicht verlustig gegangen wäre.

Der Sitz der Referate für Bildung, Jugend, Naturschutz und Raumordnung etc. der Kärntner Landesregierung wäre in diesem Fall offenbar in den Besuchsraum der Justizanstalt Klagenfurt übersiedelt. Diese Neuinterpretation persönlicher und politischer Moral passt gut zu Scheuchs Parteifreund Martin Graf, der in den letzten Wochen mit seiner Tätigkeit als Rechtsberater einer alten Frau und späterer Vorstand der Privatstiftung, in die deren Privatvermögen übergeführt worden war, von sich reden machte.

So skurril bis empörend diese Vorgänge im Einzelnen scheinen, so bemerkenswert ist, dass sie den weiteren Höhenflug der FPÖ gebremst, aber keineswegs beendet haben. Das unterstreicht, dass unsere Partei auch weiterhin eine große Auseinandersetzung zu führen hat. Wer glaubt, dass ein 5%-Vorsprung in den Umfragen Platz 1 für die SPÖ bei den Nationalratswahlen in über einem Jahr schon garantiert, der macht die Rechnung ohne den drohenden Konjunkturreinbruch und die fortgesetzte Euro-Krise.

Diesem Thema widmen sich in diesem Heft gleich mehrere Beiträge: Am Beginn stehen die Ausführungen von **Sonja Ablinger**: Sie stimmte bei der Nationalratssitzung vom 29. Juni 2012 gegen den **Fiskalpakt**, was ihr Kritik im Klub, aber

auch zahlreiche Unterstützungs- und Solidaritätsbekundungen innerhalb der Partei eingebracht hat. Im Beitrag für die ZUKUNFT **argumentiert** sie ihr **Abstimmungsverhalten**.

Dominik Bernhofer setzt sich mit der **Position und Rolle Deutschlands in der gegenwärtigen Krisensituation** auseinander und unterstellt der deutschen Bundeskanzlerin Merkel, was sie gerne anderen Staaten vorwirft: fehlende Bereitschaft zur Veränderung.

Die Ergebnisse des jüngsten **EU-Gipfels** und die tatsächliche bzw. notwendige Rolle der **Europäischen Zentralbank** bei der **Euro-Krise** beschäftigt die deutsche Ökonomin **Friederike Spiecker** in ihrem Beitrag, der auch auf dem kritischen Blog der »Nachdenkseiten« erschienen ist.

Aber nicht nur die Euro-Zone ist in einem kritischen Zustand – auch der **Klimaschutz** hat schon bessere Zeiten erlebt: Der Ökonom und **Greenpeace-Kampagnenleiter Bernhard Obermayr** geht mit dem **Rio-Prozess** und der österreichischen Performance in seinem Text kritisch ins Gericht.

Josef Falkinger nutzt die Neuerscheinung des Klassikers von **Karl Kautsky** über die Geschichte des Urchristentums dazu, dessen Ausführungen mit den neueren **Erkenntnissen der kritischen Theologie** zu vergleichen, die Kautsky zu einem auch heute **aktuellen Autor** mache.

Nach den **Buchtipps** rundet das **Schlusswort von Helene Schuberth** dieses Heft ab.

Wir wünschen einen erholsamen Sommer und gute Unterhaltung bei der Lektüre!

Inhalt



MICHAEL SCHMELLING, AUS DER SERIE ATLANTA HIPHOP, 30,5 X 40,6 CM, C-PRINTS,
AUF DIBOND KASCHIERT, FUSION #7, 2009, COURTESY DER KÜNSTLER

6 »Die Situation ist nicht hinnehmbar«

VON SONJA ABLINGER

12 Warum sich Deutschland bewegen muss, wenn wir den Euro retten wollen

VON DOMINIK BERNOFER

22 Die EZB muss kämpfen

VON FRIEDERIKE SPIECKER

30 Rio minus 20

VON BERNHARD OBERMAYR

38 Der rote Papst und die kritische Theologie

VON JOSEF FALKINGER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Die goldene Finanzierungsregel

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

»Die Situation ist nicht hinnehmbar«¹

Eine Krisenpolitik, die auf ein Ende der desaströsen Sparpolitik, auf koordinierte Lohnsteigerungen und Hebung der Binnennachfrage, Schließung aller Finanzmarktcasinos, das heisst vor allem auf Verbot von gefährlichem Derivatehandel und auf Kontrolle des Rohstoffhandels, setzt, sei durchsetzbar – argumentiert Sonja Ablinger.

Der Fiskalpakt ist beschlossen. Eine wochenlange Diskussion über die Auswirkungen dieses völkerrechtlichen Vertrags auf die Kassenlage der EU-Staaten und die wirtschaftlichen Perspektiven Europas hat zu einem erwartbaren Ergebnis geführt. Als am 2. März dieses Jahres die Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik den Fiskalpakt unterzeichneten, war klar, dass die österreichische Bundesregierung davon ausgeht, dieser Staatsvertrag erhalte seinen Segen auch im österreichischen Parlament.²

Im SPÖ-Klub und im Bundesparteivorstand der SPÖ wurde mehrmals über den Fiskalpakt gesprochen. Begründungen, Bedenken, Warnungen, Fragen nach der Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit und die Analysen von namhaften ÖkonomInnen wurden ins Treffen geführt. Am Ende jeder Diskussion zum Fiskalpakt stand die gleichbleibende Botschaft: Eine Ablehnung ist keine Option, sie ist nachgerade denkunmöglich, weil nur so das Vertrauen der Finanzmärkte wieder hergestellt und damit der gefährlich rasche Zinsanstieg auf Staatsanleihen gestoppt werden könne.

Ich betone das an dieser Stelle deswegen, weil innerhalb der Sozialdemokratie die Tradition formuliert wird, am Ende einer langen, intensiven, kontroversen Diskussion stehe ein für alle gemeinsam vertretbarer Beschluss, der dann auch gemeinsam nach außen getragen werde. Genau diese Diskursfähigkeit nach innen und Geschlossenheit nach außen mache die Stärke unserer Bewegung aus.

Auf den Diskurs zum Fiskalpakt trifft diese Vorgehensweise nicht zu. Mit dem Gipfelbeschluss im März war die Diskus-

sion in den Parteigremien schon beendet, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Letztlich lief es darauf hinaus, dass der Parteivorsitzende und Bundeskanzler zugestimmt hatte und jeder gegenläufige Beschluss ihn desavouieren würde.

Alle EU-Beschlussvorlagen der letzten Jahre (neben dem Fiskalpakt der »Six Pack« und der »Two Pack«) zielen im wesentlichen auf Defizitbegrenzungs- und Kürzungsmechanismen für öffentliche Haushalte ab. Mit der Zustimmung und Absegnung dieser Maßnahmen durch die SPÖ³ vollzieht die Partei eine Kehrtwende auf einem zentralen wirtschaftspolitischen Gebiet. Die Geschwindigkeit, mit der diese Neuausrichtung auf Austerität fast widerstandslos in den Parteigremien hingenommen wird, ist für mich erstaunlich.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung in demokratisch gewählten Gremien und Parlamenten, die unter dem Damoklesschwert von Sachzwang und Zeitdruck »der Märkte« geführt wird, erscheint mir grundsätzlich problematisch, da dem »Vertrauen« einzelner Interessengruppen, die hinter diesen Märkten stehen, dadurch tendenziell mehr Bedeutung beigemessen wird als dem Vertrauen der Menschen, die diese Gremien zur Wahrung ihrer Interessen und der der gesamten Gesellschaft gewählt haben. Versteht man es als Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den Märkten Rahmenbedingungen zu setzen, hinterlässt Politik, die sich von den »Märkten« zur Eile getrieben sieht und dies auch als Entschuldigung für hastige Entscheidungen anführt, den Eindruck, nicht mehr »Herr der Lage« zu sein und sich von den »Märkten« vereinnahmen zu lassen. In dieser Situation kommt Analysen, eine ganz besondere Bedeutung zu, die den Fiskalpakt als »falsche Therapie zur falschen Diagnose« einstufen. Sie eröffnen einen ganz anderen Blick auf die Lage und erweitern den Handlungsspielraum.

1. Paul Krugman in: Wir sparen uns zu Tode. Verfügbar unter: <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/juni/wir-sparen-uns-zu-tode>. [Datum des Zugriffs: 11.07.12].
2. Ich finde es erstaunlich, dass Regierungs- und Staatschefs bei EU-Gipfeln mit ihrer Unterschrift Beschlüsse, die eine Verfassungsmehrheit ihrer Parlamente benötigen, im Voraus zusichern, obwohl sie oft keine eigene Verfassungsmehrheit im jeweiligen nationalen Parlament hinter sich haben.
3. Die S&D-Fraktion hat Teile der Richtlinien zur Economic Governance im Europäischen Parlament im September 2011 abgelehnt.
4. Vgl. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker, Falsche Diagnose, falsche Therapie – wie die Politik in der Eurokrise dank falscher Theorie versagt, in: WISO 2/12, Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW, Linz 2012.
5. Aufhebung des Glass-Steagall-Acts 1999 unter Bill Clinton und entsprechende Nachahmung in Deutschland, siehe <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=3692>. Dort z.B. »Die Bundesregierung hat es Kreditinstituten erleichtert, Kreditforderungen zu verbrieften: Es wurden Verbriefungszweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbrieften, gewerbesteuerrechtlich hinsichtlich der Behandlung von Dauerschulden den Banken gleichgestellt.«

Die Ursache der Eurokrise ist – anders als unter Ignorieren der empirischen Fakten meist behauptet wird – nicht der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte, sondern die immer größeren Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Eurozone: Der Norden, ganz besonders Deutschland, baut Exportschüsse auf, die sich in den Defiziten der südlichen Länder widerspiegeln. Die seit Beginn der Finanzkrise symptomatisch auseinanderlaufenden Zinssätze vertiefen die Probleme der Handelsungleichgewichte nur, indem sie die Staatshaushalte extrem belasten und private Investitionen in den Defizitländern erschweren. Hintergrund der Handelsungleichgewichte ist ein Auseinanderlaufen der Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Länder zwischen 1999 und 2009, das bisher nur ansatzweise korrigiert worden ist. Ihren Ursprung hat diese Entwicklung auf der einen Seite in der »Lohnzurückhaltung« und Durchlöcherung der einheitlichen Tarifregeln in Deutschland genommen, die den Gewerkschaften durch den Druck der Agenda 2010 (Stichwort Hartz IV) abgepresst werden konnten. In Südeuropa auf der anderen Seite unterschätzte man jahrelang die Bedeutung gesamtwirtschaftlicher Lohnstückkosten für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in einer Währungsunion und ließ die Löhne zu stark steigen.⁴

MARKTANTEILE

Wenn ein Land dauerhaft niedrigere Preise hat, indem es mit seiner Lohnstückkostenentwicklung erheblich unter der gemeinsam vereinbarten Inflationsrate von 2% liegt, gewinnt es ständig auf Kosten seiner Währungspartner Marktanteile. Und wie bei dem Hase-und-Igel-Märchen haben jene Länder, die sich an die Inflationszielrate halten oder darüber liegen, immer weniger Chancen, ihre Exportdefizite auszugleichen, Marktanteile zurückzugewinnen und Auslandsschulden zu verringern: Der billigere Anbieter ist immer schon da und schnappt die Kunden weg. In der Summe über die Jahre seit 1999 hinweg liegt Deutschland stärker unter der akkordierten Inflationsrate von 2% als der Süden Europas darüber. Deutschland hat damit wesentlich zur Eurokrise beigetragen hat – und zwar mehr als die Länder, die jetzt als »reformunwillig« ver-

urteilt und zu drakonischen Sparprogrammen verpflichtet werden. Für das Funktionieren einer Währungsunion, in der nicht mehr gegeneinander abgewertet werden kann, ist aber die permanente Einhaltung der vereinbarten Inflationsrate und zwar nicht nur im Länderdurchschnitt, sondern in jedem einzelnen Land zentral. Wird dieser Grundsatz dauerhaft missachtet, muss es zum Crash kommen.

Insgesamt liegt der Gründungsfehler der Europäischen Währungsunion darin, dass das Defizit der öffentlichen Haushalte und ihr Schuldenstand zum Dreh- und Angelpunkt der Funktionstüchtigkeit der Währungsunion erklärt wurden – ganz im Sinne des staatskeptischen und marktgläubigen Dogmas neoliberaler Wirtschaftspolitik. Den viel wesentlicheren Entwicklungen der Leistungsbilanzungleichgewichte wurde keine Aufmerksamkeit gewidmet, weil sie mit der Lohnpolitik zusammenhängen. Diese möchten neoliberale Wirtschaftspolitiker lieber den Märkten überlassen, da sie sich vom Druck auf die Löhne bei hoher Arbeitslosigkeit eine Lösung des Beschäftigungsproblems erhoffen. Dass sie mit dieser Hoffnung vollkommen falsch liegen, dafür liefert der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei stagnierenden und sogar fallenden Reallöhnen in den Industrieländern seit der Finanzkrise den besten Beweis. Das zentrale Versäumnis des Maastrichtvertrags, jedes einzelne Mitgliedsland der EWU auf die Einhaltung der 2%-Zielinflationsrate zu verpflichten, wird bis heute kaum thematisiert. Stattdessen diente die Marktgläubigkeit des Neoliberalismus als Nährboden für die Deregulierung der Finanzmärkte⁵, ohne die es niemals zur Finanzkrise 2008 gekommen wäre.

Zwei Kernprojekte neoliberaler Politik bringen Europa in höchste Bedrängnis: Die nach wie vor praktisch ungebändigten Finanzmärkte und der Lohndumping-Wettbewerb. Und wer ist nach Ansicht der Neoliberalen Schuld an der Krise? Der Staat. Der Staat, der 2009 und 2010 mit Einlagensicherungen einen Bankenrun und mit Konjunkturpaketen und Deficit-Spending Massenarbeitslosigkeit verhindert hat, wird

nun zum Schuldigen erklärt. Anders lässt sich jedenfalls die Antwort namens Fiskalpakt nicht deuten. Der Staat ist Schuld, weil er Schulden gemacht hat, und muss nun mit Schuldenbremsen und Strafzahlungen diszipliniert werden. Die Fiskalregeln sehen vor, dass alle Staaten gleichzeitig sparen und Defizite abbauen – und zwar genau zum falschen Zeitpunkt, nämlich im Abschwung. Das entbehrt jeder Logik und verschärft die Krise. Aber es ist eine erstaunliche Leistung der Uminterpretation zur Verteidigung eines Dogmas des ökonomischen Mainstreams.

AUSGEBLENDET

Die bisher verordneten Ausgabenkürzungen in den Krisenländern sind von ansteigender (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Massenstreiks, Gefährdung/Zusammenbruch sozialer Sicherungssysteme, Anstieg von Selbstmorden und Lohn- und Rentenkürzungen begleitet. Der Fiskalpakt heißt: »more of the same« in Südeuropa mit folgender Abwärtsspirale im Nordeuropa dank Handelsverflechtung. Der im Juni beschlossene Wachstumspakt der EU ist im Verhältnis zu den bereits vorgenommenen und den noch geplanten Sparvolumina viel zu gering, um die Folgen der Kürzungsprogramme auch nur ansatzweise auszugleichen, und er löst nicht die Ungleichgewichte der Handelsbilanzen. Das alles ist nicht nur sozial unzumutbar, sondern es ist auch wirtschaftlich unvernünftig.

Wahrscheinlich ist folgendes Szenario: Die Handlungsspielräume des Staates werden so eingeschränkt, dass Konjunkturpakete – so wirksam sie auch waren – zukünftig, wenn überhaupt, dann viel zu spät geschnürt werden können. Weil mit dem Fiskalpakt wesentliche und sensible budgetpolitische Entscheidungen von Parlamenten weg und hin zu bestellten Entscheidungsträgern der Europäischen Kommission übertragen werden, bleiben die sozialen Folgen dieser Fiskalregelungen ausgeblendet. Und die gewählten VertreterInnen können daran nichts mehr ändern, weil ein vorher festgelegter automatischer Korrekturmechanismus⁶ die Haushaltspolitik auf Austeritätspolitik mit Ewigkeitscharakter (© Angela Merkel) einengt.

Die Zweifel an dieser prozyklischen Krisenpolitik für Europa nehmen in dem Ausmaß zu, wie Gipfeltreffen für Gipfeltreffen ein Durchbruch und/oder das Ende der Krise in Aussicht gestellt wird. Nach wenigen Tagen der Euphorie in Medien und an den Kapitalmärkten tritt Ernüchterung ein und der Anstieg der Zinssätze kehrt zurück. Das gefährdet die Glaubwürdigkeit der Gipfelbeschlüsse. Vermutlich wurde auch deswegen in Deutschland und Österreich aufs Tempo gedrückt: War zuerst noch der Herbst vorgesehen oder zumindest möglich, wurde hierzulande innerhalb weniger Tage der Zeitplan für den Beschluss des Fiskalpacts auf vor dem Sommer umgestellt.⁷

Diese Eile bekommt deswegen Brisanz, weil ein Kurswechsel in Richtung vernünftige und sozial sinnvollere Krisenpolitik immer drängender, aber gleichzeitig schwieriger wird. Das Einigungsprojekt Europa hat Risse bekommen. Wenn wir die Spaltung verhindern und für eine Vertiefung der Union eine Mehrheit in der Bevölkerung erreichen wollen, muss die destruktive Wirtschaftspolitik beendet werden. Die Alternativen liegen auf dem Tisch. Wir müssen klarmachen: Unser Wohlfahrtsstaat ist finanzierbar, unregulierte Finanzmärkte und wachsende soziale Ungleichheit sind es nicht.

SOLIDARISCHE POLITIK!

Ich hänge der Überzeugung an, dass eine Krisenpolitik durchsetzbar ist und zu weniger Verwerfungen führt, die auf ein Ende der desaströsen Sparpolitik, auf koordinierte Lohnsteigerungen und Hebung der Binnennachfrage, Schließung aller Finanzmarktcasinos, d.h. vor allem auf Verbot von gefährlichem Derivatehandel und auf Kontrolle des Rohstoffhandels, setzt. Auch wenn aktuell keine Mehrheit für eine tatsächliche Lösung der Krise besteht, das Werben für diesen »new deal« ist die zentrale und lohnende Herausforderung für die SPÖ. Und warum sollte eine solidarische, aber vor allem auch wirtschaftlich vernünftige Politik, von der die »Vielen«⁸ profitieren und die Krise wirksam zurückgedrängt wird, auf Dauer keine Unterstützung bekommen?

6. Mehr zur Entdemokratisierung durch den Fiskalpakt kann man nachlesen in der Analyse von Lukas Oberndorfer, AK Wien: »Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung«
7. Möglicherweise liegt eine der Ursache darin, dass bei negativen Konjunkturaussichten und Wachstumsrückgängen die Zeit gegen den Fiskalpakt spielt und mit kritischeren Wirtschaftsdaten die »Leidenschaft« für die Beschlussfassung in den Parlamenten abnimmt.
8. Ein junger Wissenschaftler hat mir eine Anregung gegeben, in dem er seine Eltern zitierte, die auf die Sozialdemokratie deswegen setzten, weil sie darauf vertrauen konnten, dass die SPÖ im Wesentlichen die »Interessen der Vielen« vertritt.

Eine sozialdemokratische Bewegung, die trotz aller Widerstände ihr Handeln an den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausrichtet, kann Bündnisse schmieden und überzeugend für Unterstützung werben. Das wäre der Gegenentwurf zu »Alternativlosigkeit« und »Sicher-Macht-neoliberaler-Politik-beugen«. Letzteres führt definitiv in eine wirtschaftliche Abwärtspirale, deren Ende nicht absehbar ist und mit der die Sozialdemokratie von den Wählerinnen und Wählern in Verbindung gebracht wird, wenn wir nicht für einen Kurswechsel eintreten. Die Spaltung Europas und politische Verwerfungen mit hohen sozialen Kosten, an der die Demokratie Schaden nimmt, könnten die Folge sein.

Diese Situation ist für mich nicht hinnehmbar. Das waren und sind meine Erwägungen und darum habe ich gegen den Fiskalpakt gestimmt. 

SONJA ABLINGER

ist Abgeordnete zum Nationalrat
und SPÖ-Kultursprecherin.



REBECCA SAMPSON, UNTITLED, AUSSEHNSUCHT, 2009, LIGHTJET-PRINTS
AUF DIBOND KASCHIERT, 53 X 80 CM, COURTESY DIE KÜNSTLERIN

MEGACOOOL 4.0

JUGEND UND KUNST



BIS 7. OKTOBER 2012
KÜNSTLERHAUS K/HAUS
WWW.K-HAUS.AT

Die Ausstellung im Künstlerhaus k/haus zeigt Lebenswelten und Kreativitäten unterschiedlichster Jugendkulturen im Spiegel internationaler Gegenwartskunst. »MEGACOOOL 4.0 - Jugend und Kunst« präsentiert Fotografien, interaktive Installationen, Videokunst, Malerei, Street-Art und Skulpturen bildender KünstlerInnen (u.a. Erwin Olaf (Vermeer Preisträger 2011), Charlie White, Rinneke Dijkstra oder Slinkachu) aus ganz Europa, Russland, China und den USA. Ergänzt wird die Ausstellung durch Objekte und Alltagsgegenstände aus dem Jugendkulturarchiv Frankfurt und durch einen Fokus auf junge Kunst aus Wien (u.a. eine vom wienXtra-medienzentrums mit Jugendlichen entwickelte interaktive Installation).

»MEGACOOOL 4.0« präsentiert grundverschiedene Typen von Jugendlichen: die Normalen, die angepassten Hipster, die MeßdienerInnen, die DragKings, die Dicken, die Dünnen, die Zwillinge, die Celebrities, Gothics, HipHop, Metalheads, Raver, Cosplayer, Avatare, aggressive Mädchen. Ob Installationen wie »Mindless living« von L.A. Raeven und »Pitbull« von Martin Brand, Cao Feis »Cosplayer«, Andreas Gurskys »Mayday I«, Michael Schmellings Serie »Atlanta HipHop« oder Nan Goldins »Jimmy Paulette after the Parade«. Die gezeigten Exponate bieten einen visuellen Streifzug durch jugendliche Bildlandschaften und Themenfelder wie Onlinekulturen, Licht / Dunkelheit, Körper- und Geschlechtsinszenierungen und ihre Choreografien, Mode, Games, Sport und Party. Neben grundlegenden Fragen jugendlicher Identitätssuche sollen die kreativen Köpfe einer Generation in den Mittelpunkt gerückt werden, die Web 2.0-Plattformen wie YouTube, Facebook, flickr, deviantart oder animexx als Inspirationsquelle für ästhetischgestalterische Experimente nutzen, Gestaltungsfreiräume erproben und neue Kunstformen hervorbringen.

Warum sich Deutschland bewegen muss, wenn wir den Euro retten wollen

Dominik Bernofer erläutert in seinem Beitrag die Auffassung, dass Deutschland und seine derzeitige Politik entgegen einer weitverbreiteten Meinung mehr Problemverursacher als Problemlöser sind.

Die Eurokrise ist in ihrem dritten Jahr, und noch ist kein Ende in Sicht. Schuld ist im Wesentlichen die Politik. Auf jedem neuen Euro-Gipfel das gleiche Spiel: Die Krisenländer (im Wesentlichen Spanien, Italien, Griechenland, Irland und Portugal) stellen Forderungen, die ihr wirtschaftliches Überleben im Euroraum sichern sollen. Deutschland sagt NIET und macht am Ende dann doch kleine Zugeständnisse. Das kostet Zeit, erhöht die Unsicherheit und prolongiert die Krise.

So auch am letzten Gipfel am 29. Juni 2012 in Brüssel. Anstatt einer echten Bankenunion (inkl. europäischer Einlagensicherung und eines Fonds zur Abwicklung bankrotter Banken) setzte Deutschland eine Light-Version durch: i) Die Rekapitalisierung von Banken durch den Rettungsschirm ESM soll in Zukunft auch direkt möglich sein (also ohne den Umweg über die nationalen Staatshaushalte). ii) Voraussetzung dafür ist die Einführung einer europäischen Bankenaufsicht. Sie wird wohl die 20 bis 30 größten Banken erfassen und bei der EZB angesiedelt werden.

Laut Martin Wolf's Kommentar in der *Financial Times* blockiert Deutschland wirtschaftspolitische Reformen in zumindest sechs wesentlichen Punkten¹: keine Euro-Bonds, keine Erhöhung der verfügbaren Mittel für den ESM (aktuell 500 Mrd. EUR), keine Abweichung vom Sparen für die öffentlichen Haushalte (Deutschland inklusive), keine monetäre Staatsfinanzierung (siehe unten), keine weitere quantitative Lockerung durch die EZB, sowie kein nennenswertes Programm zur Ankurbelung von Deutschlands Binnennachfrage. Bis vor Kurzem waren auch alle Initiativen in Richtung einer Bankenunion ein absolutes No-Go. Angela Merkels jüngste Aussage im Bundestag wonach es keine Euro-Bonds geben werde »solange sie lebe«, ist also nur die Spitze des Eisbergs.

Doch warum betreiben Berlin und Frankfurt (der Sitz der deutschen Bundesbank) eine derart destruktive Politik? Die Antwort ist einfach: *Moral Hazard*. Deutschland hat Angst, dass zu viele, zu schnelle und zu weitreichende Zusagen gegenüber den Krisenländern deren Reformbestrebungen dämpfen werden. Wenn die Krise erst einmal vorbei ist, so die Überlegung, werde dort wieder die exzessive Verschuldung regieren.

Diese Position ist irreführend. Sie entspringt dem verfehlten Glauben, die Eurokrise sei nur eine Krise der Peripherie, verursacht durch verantwortungsloses Schuldenmachen. Sie verneint jegliche Verantwortung Deutschlands und der anderen KrisengewinnerInnen (Österreich, die Niederlande, Finnland, Luxemburg und Deutschland). In Wahrheit ist die Krise im Euroraum das Produkt einer Interaktion interner Ungleichgewichte und mangelhafter wirtschaftspolitischer Institutionen.² An beidem war Deutschland federführend beteiligt.

Der folgende Beitrag liefert eine ganzheitlichere Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation des Euroraums und seiner Geschichte. Die wesentliche Schlussfolgerung: Zur Lösung der Krise braucht es Bewegung von beiden Seiten. Wenn Deutschland weiterhin strukturelle Veränderungen der eigenen Wirtschaft, sowie ernsthafte Schritte in Richtung einer Haftungsgemeinschaft verhindert, muss der Euro scheitern.

DIE EINFÜHRUNG DES EURO UND SEINE BEDINGUNGEN

Der Euro sollte der vorläufige Höhepunkt der europäischen Versöhnung nach 1945 werden. In den relevanten Kreisen glaubte man nämlich, dass enge Handelsverflechtungen den besten Anti-Kriegsgrund darstellen. Eine der vielen Zauberformeln des Adam Smith. Eine gemeinsame Währung, so die

1. Siehe Wolf (2012)
2. Siehe Aglietta (2012)
3. Für einen Literaturüberblick siehe Ishiyama (1975)

Überlegung, würde die enge Verbindung der Länder noch weiter stärken und den Einigungsprozess weiter vorantreiben. Tatsächlich wurden die Wünsche und Erwartungen aber nicht erfüllt. Der Euro entpuppt sich mehr und mehr als Falle. Anstelle der erhofften Integration erleben wir nie dagewesene Divergenzen, ökonomisch wie politisch (Grafiken 1 und 2). Die Spannungen zwischen den KrisengewinnerInnen und den Krisenländern sind offensichtlich. Auf allen Seiten treten Nationalismen immer stärker hervor und rasch kommen selbst zentrale demokratischen Errungenschaften in Gefahr. Wer hätte das voraussehen können?

Einige ÖkonomInnen haben tatsächlich vor der Einführung des Euro unter solchen Rahmenbedingungen gewarnt. Die wissenschaftliche Debatte im Vorfeld der Euro-Einführung – Ende der 1980er, Anfang der 1990er – drehte sich stark um die Frage, ob denn Europa ein optimaler Währungsraum sei.

Die eindeutige Antwort der zumeist US-amerikanischen ÖkonomInnen war: Nein! Die Einführung einer einheitlichen Währung, in diesem Fall des Euros, bedeute die Aufgabe von zwei wesentlichen volkswirtschaftlichen Steuerungsmechanismen: i) der nationalen Geldpolitik und ii) dem flexiblen Wechselkurs gegenüber den anderen Mitgliedsländern. Solange die wirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern des Währungsraums mehr oder weniger gleichmäßig verläuft, wäre das auch kein Problem. Sobald aber asymmetrische Schocks diesen Gleichlauf durcheinander bringen, werde eine Anpassung ohne die Steuerungsmechanismen unmöglich.

Warum? Ganz einfach: Wenn ein Währungsraum von einem Nachfrageschock getroffen wird, wertet er ab. Die Kaufkraft im Inland sinkt, gleichzeitig werden aber die eigenen Exportprodukte billiger, die Nachfragerlücke kann durch steigende Netto-Exporte geschlossen werden. Island hat seine Löhne in einem Schwupp um ein Viertel gesenkt, durch eine Abwertung der Krone. Echte Lohnsenkungen könnten

die eigene Wettbewerbsfähigkeit niemals derart schnell, derart einfach und derart stark steigern. Alternativ senkt die Notenbank die Leitzinsen und stimuliert Kreditnachfrage und Unternehmensinvestitionen. In einem gemeinsamen Währungsraum sind derlei Anpassungen unmöglich. Ein optimaler Währungsraum, in dem weder eine regionale Geldpolitik noch eine Wechselkurspolitik möglich ist, braucht alternative Institutionen um Anpassungen organisieren zu können.

In der wissenschaftlichen Debatte werden vor allem folgende zwei Mechanismen genannt: i) Arbeitsmobilität und ii) ein gemeinsames Budget, das als regionaler Stabilisator fungiert.³ Im Gegensatz zu den USA finden wir in Europa wenig von Beidem. Zu stark erscheint die über Jahrhunderte gewachsene nationalstaatliche Tradition von Politik und Gesellschaft.

Die europäische Politik glaubte dennoch an den Erfolg des Euro bzw. hielt die Gefahren für bewältigbar. Zwei Punkte waren ausschlaggebend: i) Die europäische Politik glaubte an den Binnenmarkt. Die prognostizierte, aber nur bedingt eingetretene, immense Verschränkung der europäischen Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte sollte asymmetrische Schocks a priori verhindern. Darüber hinaus war geplant durch Strukturformen die Flexibilität der Arbeitsmärkte und der Löhne, nach amerikanischem Vorbild, zu erhöhen. ii) Jedes Land musste als Voraussetzung zum Euro-Beitritt die so genannten Konvergenz-Kriterien erfüllen (Vertrag von Maastricht, 1992). Diese hatten das Ziel eine Angleichung der Leistungsfähigkeiten der einzelnen nationalen Wirtschaftsräume zu fördern und damit eine grundsätzliche wirtschaftliche Stabilität und Solidität der EU zu gewährleisten.

Die Kriterien waren Deutschlands Preis für sein OK zum Euro. Sie bezogen sich auf die Preisstabilität, das Defizit und den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte, die Konvergenz der langfristigen Zinssätze sowie eine zweijährige Teilnahme am so genannten Wechselkursmechanismus. Einige

4. Siehe EK (2008).
5. Die Leistungsbilanz einer Volkswirtschaft misst im Wesentlichen die Importe und Exporte von Gütern und Dienstleistungen mit dem Rest der Welt. Ein Überschuss in der Leistungsbilanz bedeutet somit dass eine Volkswirtschaft mehr Güter/Dienstleistungen exportiert als importiert hat.
6. Das wird jetzt teilweise durch die 10 Indikatoren der Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP) nachgeholt.

dieser Kriterien wurden mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) auch nach der Einführung des Euro fortgeschrieben. Alle Mitgliedsländer der Eurozone haben die Konvergenz-Kriterien erfüllt, auch die Krisenländer. Heute wissen wir natürlich, dass Griechenland ein bisschen geschummelt hat, aber was ist mit den anderen Ländern? Die waren zum Teil vorbildlich und sind nun trotzdem in der Bredouille. Noch 2008 veröffentlichte die Europäische Kommission, zur Feier des 10-jährigen Bestehens des Euro, ein mehr als 300 Seiten schweres Dokument in dem sie den »Erfolg« dieser Strategie darzulegen versuchte.⁴ Auch die EZB ist bis heute resistent gegenüber jeder Kritik an der institutionellen und ideologischen Konstruktion der Währungsunion.

ZWEI WACHSTUMSMODELLE STATT KONVERGENZ

So etwas wie Konvergenz hat es im Euroraum nie gegeben. In Wahrheit dominierten zwei Wachstumsmodelle, die sich gegenseitig anfeuerten und durch die Einführung des Euro verstärkt wurden: i) die deutsche Lohndumping-Politik, und ii) die Kredit- und Immobilienpreisblasen in den Krisenländern.

Ab Anfang der 2000er-Jahre setzen Deutschland und einige andere Länder (Österreich, die Niederlande, Finnland) auf Exporte als Wachstumstreiber. Durch Sozialabbau (z.B. Hartz IV-Reformen in Deutschland) und zahme Gewerkschaften konnten die ArbeitgeberInnen schwache Lohnsteigerungen durchsetzen. In Deutschland stagnierten die Reallöhne über zehn Jahre. Dies machte nicht nur die deutschen Produkte in Europa relativ günstiger als jene aus anderen Ländern, sondern strangulierte auch die ausländischen Exporte nach Deutschland, weil die Nachfrage in Deutschland durch die mäßige Lohnentwicklung stagnierte. In seinen besten Jahren schaffte Deutschland Leistungsbilanzüberschüsse von etwa 180 Mrd. EUR oder 7,5 % des BIP (Grafik 3)⁵.

Gleichzeitig verzeichneten die Krisenländer riesige Kapitalzuflüsse aus den Überschussländern. Nicht nur erhöh-

te die zunehmende Einkommensungleichheit zwischen den privaten Haushalten die Sparneigung der deutschen Volkswirtschaft, auch die Unternehmensgewinne aus dem Exportgeschäft wurden lieber in spanische Immobilien anstatt in deutsche Produktionskapazitäten investiert. Diese Zuflüsse finanzierten eine Kreditblase, die durch steigende Immobilienpreise besichert war (Ausnahme Portugal). Zwischen 1999 und 2007 stiegen die Immobilienpreise in Irland und Griechenland um 120%, in Spanien sogar um 160%. Zum Vergleich: In Deutschland waren es -1%. Die Folge: ein Boom im Bausektor, hohe Wachstums- und Inflationsraten, stark steigende Lohnstückkosten und Leistungsbilanzdefizite.

Da die Produktivität im Bausektor tendenziell geringer ist als in der Industrie, und das hohe Wirtschaftswachstum die Lohnabschlüsse stimuliert hat, war die relativ schwindende Wettbewerbsfähigkeit des Südens eine direkte Konsequenz seines Wachstumsmodells.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) war heillos überfordert, er konnte weder den Aufbau der Ungleichgewichte eindämmen, noch hilft er bei der Lösung der aktuellen Probleme. Spanien und Irland waren seine Musterschüler, während etwa Deutschland nicht nur einmal gegen die Auflagen verstieß. Im Nachhinein betrachtet, war es ein konzeptioneller Fehler, nur die öffentliche Verschuldung als (Maastricht-)Kriterium heranzuziehen.⁶ Aufgrund der mangelhaften Rahmenbedingungen hatte der Euro unerwünschte verstärkende Effekte:

i) Deutschland konnte nur deshalb intern abwerten, weil die Krisenländer nicht mit einer Abwertung des Wechselkurses antworten konnten. Der Euro ist somit der eigentliche Vater der deutschen Exportüberschüsse. Positiv sollte aber erwähnt werden, dass die gemeinsame Währung spekulative Attacken gegen die Währungen der Krisenländer verhindert hat. ii) Die gemeinsame Geldpolitik ließ die nominalen Zinssätze der Euro-Länder in Richtung jener Deutschlands

7. Das gilt nicht nur für Schulden der Regierungen, sondern auch für Schulden der Banken. Infolge der expansiven EZB-Politik haben diese aber keine Liquiditätsprobleme. Im Rahmen der Long-term Refinancing Operations (LTRO) wurden Ende 2011 und Anfang 2012 in zwei Tranchen erneut etwa 1.000 Mrd. EUR in die Banken gepumpt. Die EZB-Bilanz hat jetzt ein Volumen von etwa 3.000 Mrd. EUR und ersetzt zu weiten Teilen den Interbankenmarkt.
8. Siehe van Treeck (2012)

konvergieren, insbesondere für Staatsobligationen und den Interbankenmarkt. *This time is different*. Die InvestorInnen lebten in der Illusion, dass von nun an kein Ausfallrisiko mehr bestehe. 1995 zahlte Griechenland noch 15% für 10-jährige Staatsobligationen, ab seinem Euro-Beitritt 2001 bis zur Krise dann 5% im Schnitt. Der ganze Süden schwamm im Geld, und niemand fragte, was damit gemacht wird. Ohne den Euro und die EZB, die niemals müde wurde, dessen überragende monetäre Stabilität zu betonen, wäre diese gigantische Fehlallokation von Mitteln niemals möglich gewesen.

Die Ungleichgewichte in den Strömen akkumulierten sich zu Ungleichgewichten in den Beständen (Grafik 4). Von der Euro-Einführung, 1999 als Buchgeld und 2002 dann als Zahlungsmittel, bis zur Krise 2007 war die Auslandsverschuldung der Krisenländer, also die Verschuldung der gesamten Volkswirtschaft gegenüber dem Rest der Welt, um 1.500 Mrd. EUR (netto) angestiegen. Die deutschen Netto-Vermögen waren fast in gleichem Ausmaß gewachsen. Als Faustregel können wir sagen, dass 50 bis 75% dieser Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, also zwischen den einzelnen Mitgliedsländern bestehen.

Aktuell befinden wir uns in einer Situation, in der die privaten GläubigerInnen in den Überschussländern (in der Regel Banken und Pensionsfonds), nicht mehr bereit sind, die Schulden der Krisenländer zu halten.⁷ Das gilt insbesondere für Staatsanleihen, wo die Risikoaufschläge gegenüber deutschen Pfandbriefen seit Anfang 2010 sukzessive angestiegen sind (Grafik 5). Zeitweilig lagen die Aufschläge für griechische Papiere bei 4700 Basispunkten bzw. 47 Prozentpunkten. Den InvestorInnen ist das Risiko Geld zu verlieren schlicht zu groß. Sie legen es lieber in sicheren Euro-Vermögenswerten an, z. B. in deutsche Staatsanleihen.

Die übermäßige Nachfrage nach diesen führte dazu, dass Deutschland für Teile seiner Staatsschuld inzwischen negative Realzinsen »zahlt«. Die Refinanzierungskosten der Krisen-

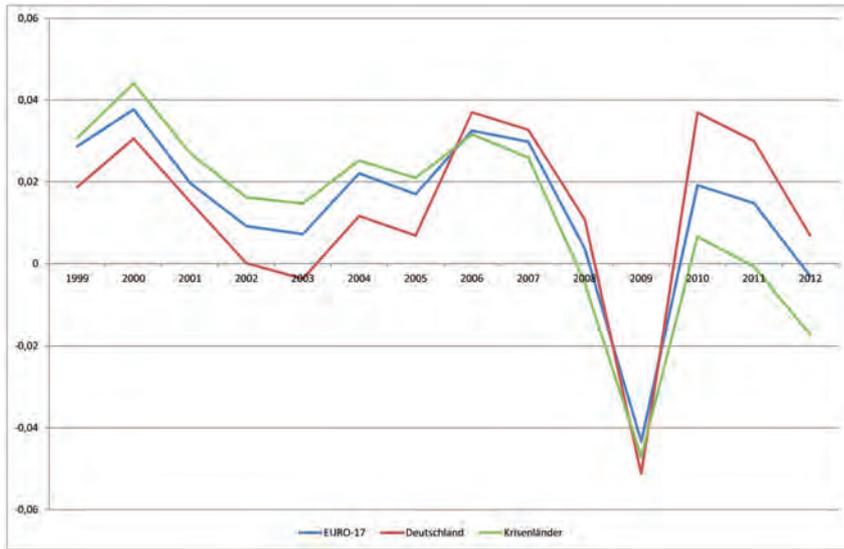
länder hingegen haben untragbare Höhen erreicht. Spanien und Italien zahlen für 10-jährige Papiere zurzeit rund 6% an Zinsen, Griechenland müsste ohne Hilfe gar 25% auslegen. Solche Zinsen wären auch für den österreichischen oder deutschen Fiskus nicht zu finanzieren. Die Folge: Nach Portugal und Irland haben nun auch Zypern und Spanien um Kredite aus den Rettungsschirmen EFSF/ESM angesucht. Der griechischen Regierung werden bilaterale Kredite gewährt. Als SchuldnerInnen sind sie abhängig von den GläubigerInnen, im Wesentlichen von Deutschland und der EZB.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

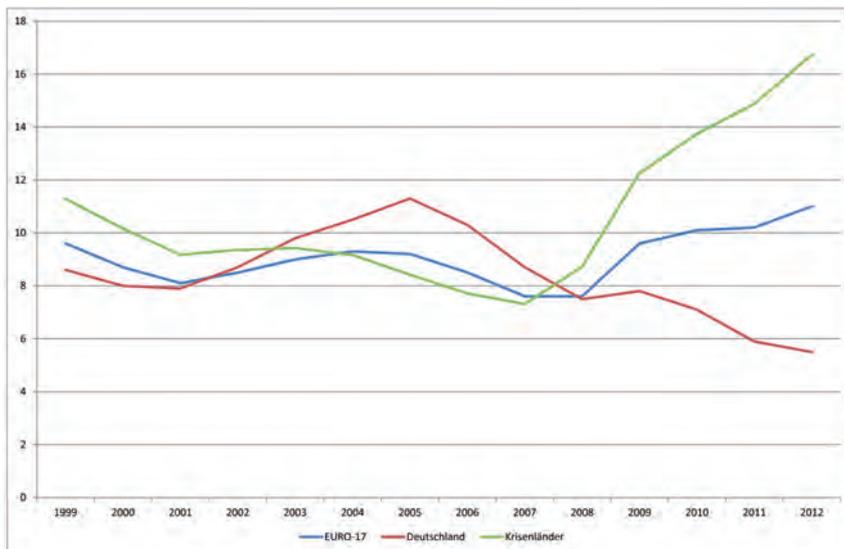
Eine Rückführung der 1.800 Mrd. EUR Auslandsverschuldung in den Krisenländern ist nur möglich, wenn Deutschland bereit ist, Leistungsbilanzdefizite zu machen. Der Euroraum kann keine 17 Exportweltmeister haben. Auch Chinas Wachstum hat Grenzen. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Europa braucht es Bewegung auf beiden Seiten: Deutschland muss stärker auf Binnennachfrage und Dienstleistungen setzen, die AkteurInnen in den Südländern müssen ihre Schulden abtragen und einen wettbewerbsfähigen Exportsektor aufbauen.

Die Anpassungen sind auf dem Weg: Die niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland sorgt für relativ hohe Lohnabschlüsse, das Heimholen des Kapitals für steigende Immobilienpreise. Umgekehrt gehen die Löhne in den krisengeschüttelten Ländern radikal zurück und die Häuserpreise sinken. Die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sind nach wie vor vorhanden, doch immerhin rückläufig (Ausnahme Italien). Das Problem dabei: Deutschland will sich (eigentlich) nicht verändern. Nach Merkels verfehlter Logik sind strukturelle Veränderungen immer nur die Veränderungen der anderen.⁸ In Deutschland sei alles bestens.

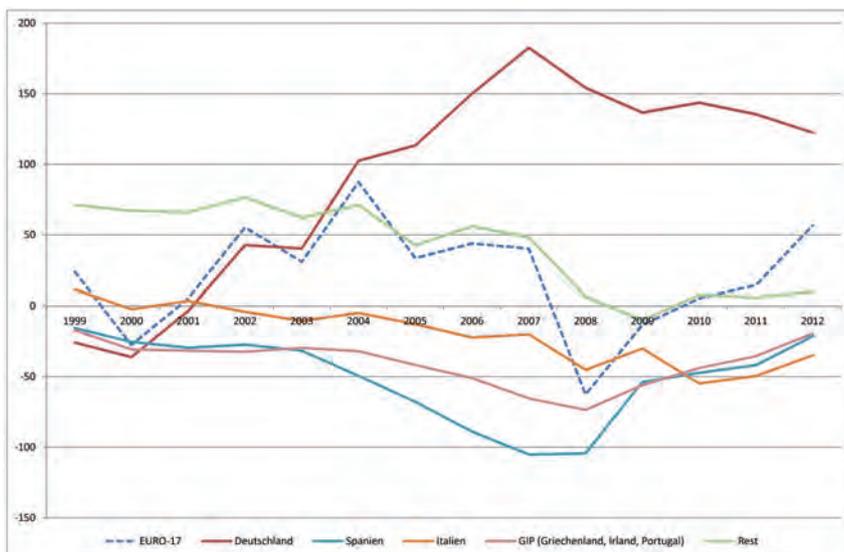
Besonders problematisch ist die von Deutschland so stark vorangetriebene europäische Sparpolitik (Grafik 6). Vor allem



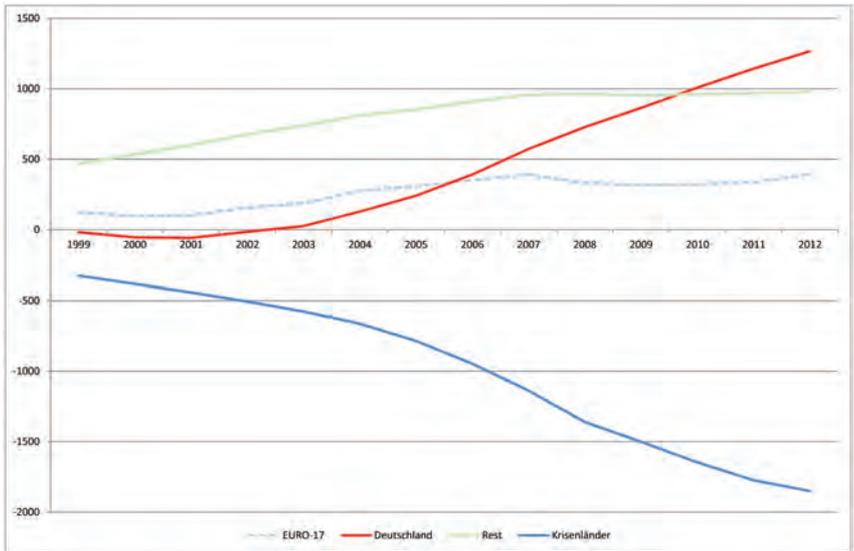
Grafik 1: **Bruttoinlandsprodukt**
(real, in %)
Quelle: AMECO



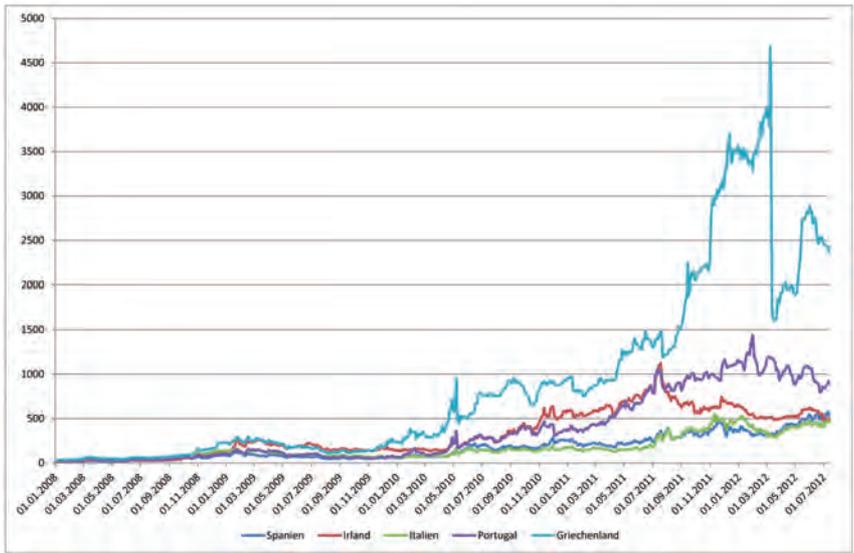
Grafik 2: **Arbeitslosenrate**
(in % zivilen Erwerbsbevölkerung)
Quelle: AMECO



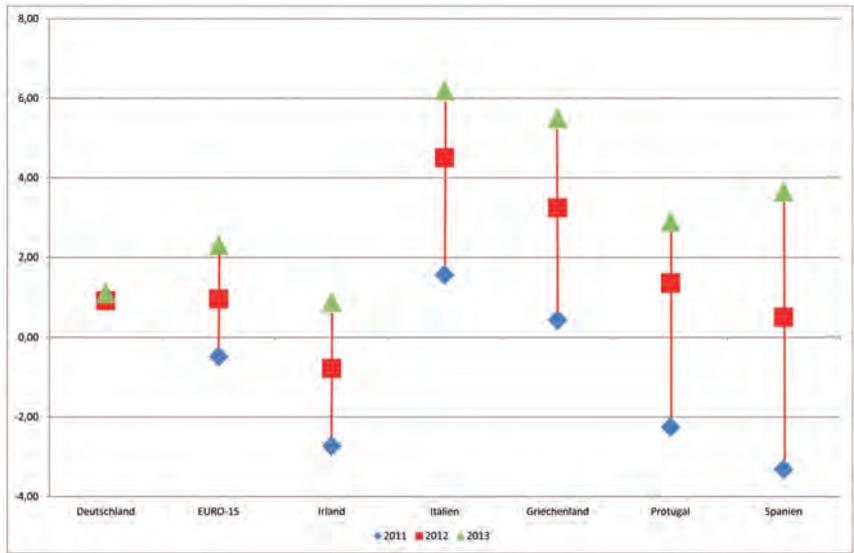
Grafik 3: **Leistungsbilanzsalden**
(nominal, Mrd. EUR)
Quelle: AMECO



Grafik 4: **Kumulierte Auslandsverschuldung** (nominal, Mrd. EUR)
Quelle: AMECO



Grafik 5: **Risikoaufschläge 10-jähriger Staatsanleihen** (geg. Deutschland, in Basispunkten)
Quelle: Thomson Reuters



Grafik 6: **Bereinigte Primärdefizite** (in % des Potential-BIP)
Quelle: OECD

9. Das bereinigte Primärdefizit ist das Defizit der öffentlichen Haushalte ohne Zinszahlungen und Einmaleffekten (z. B. Privatisierungen). Es ist daher ein beliebter Indikator für „nachhaltige“ Konsolidierungsbemühungen.
10. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen wurde eben am Gipfel vom 29. Juni 2012 vereinbart, dass der Rettungsschirm ESM in Zukunft die Banken direkt mit Eigenkapital versorgen darf.
11. Davon ausgenommen sind Transaktionen im Rahmen der Offenermarktgeschäfte.
12. Die hier vertretenen Positionen sind meine eigenen und entsprechen nicht notwendigerweise jenen der OeNB.

Spanien konsolidiert stark. Das bereinigte Primärdefizit soll laut Prognosen der OECD bis 2013 von -3,3 % des Potential-BIP auf +3,3 % ansteigen.⁹ Das jüngst angekündigte Sparpaket im Ausmaß von 65 Mrd. EUR, dem größten fiskalischen Einschnitt seit Francos Stabilisierungsplan 1959, ist darin noch nicht einmal enthalten. Schuldenbremse und »Sixpack« zwingen aber alle Regierungen zum Sparen, nicht nur jene der Krisenländer. Anstatt in Wachstum zu investieren lässt Deutschland seine fiskalische Position unverändert, damit gehen wichtige Nachfrageimpulse für die Peripherie verloren.

Die Kosten der Anpassungen fallen auf die Krisenländer. Griechenland ist am stärksten betroffen. Zwischen 2007 und 2011 hat es real mehr als 13 % seiner Wirtschaftsleistung eingebüßt. Dieses Jahr kommen nach aktuellen Prognosen weitere 7 % hinzu. Die Arbeitslosenrate hat 20 % erreicht, mehr als 50 % der Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) sind auf Arbeitssuche.

Das Scheitern der deutschen Strategie ist offensichtlich. Die Krisenländer bewegen sich, die hohen Zinssätze die sie für ihre Staatsschulden bezahlen müssen aber kaum. Warum? Die InvestorInnen haben weiterhin Angst um ihre Veranlagung. Sie sehen nicht, wie die griechische Regierung unter diesen Bedingungen jemals ihre Schulden wird zurückzahlen können. Da die politische Unsicherheit hoch bleibt und weitere Schuldenschnitte (*hair-cut*) nicht auszuschließen sind, investieren sie lieber in andere Vermögenswerte.

Die private GläubigerInnenbeteiligung im Fall von Griechenland, die Merkel und Sarkozy im Oktober 2010 vereinbart haben, hat die Büchse der Pandora geöffnet. Staatsobligationen verloren ihren mündelsicheren Status und das Finanzsystem seinen Anker. Der Wertverlust der Staatsanleihen lastet, neben den toxischen Papieren aus den Immobilienpreisblasen, schwer auf den Bilanzen der Süd-Banken. Um einen Kollaps zu verhindern sehen sich die Staaten gezwungen Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Damit erhöht sich jedoch der öffentliche Schuldenstand und die Probleme verschärfen sich

weiter.¹⁰ Sollte eines der Krisenländer den Euroraum (freiwillig) verlassen, droht ein Flächenbrand, der den Euroraum zerreißen würde.

In den USA, auch ein Währungsraum mit heterogenen Mitgliedsstaaten, kann eine solches Problem nicht auftreten. Dort garantieren nämlich der Bundeshaushalt und/oder die Notenbank (*Federal Reserve*) die Zahlungsfähigkeit aller Bundesstaaten. Genau das will das Gros der InvestorInnen auch für Europa, doch Deutschland wehrt sich gegen eine Haftungsgemeinschaft.

Dabei werden gerne zwei alte Euro-Institutionen als scheinbar unüberwindliche Hindernisse ins Treffen geführt: i) das Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV), und ii) die so genannte No-Bailout-Klausel (Art. 125 AEUV). Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung fußt auf dem alten monetaristischen Mythos, dass sich ohne Verbote Regierung und Notenbank verbünden und eine Hyperinflation erzeugen würden. In dieser Phantasiewelt denkt der Staat nicht mehr an einen effizienten Mitteleinsatz, sondern holt sich das Geld im Bedarfsfall einfach bei der Notenbank. Diese wirft die Notenpresse an und druckt was nötig ist.

Durch die stetig wachsende Menge an Geld im Umlauf wird die Währung sukzessive entwertet, eine wirtschaftliche Katastrophe. Auf Basis dieser Logik darf die EZB im Gegensatz zur *Federal Reserve Bank* oder der *Bank of England* dem Staat weder Kredit gewähren, noch seine Anleihen kaufen.¹¹

Damit ist sie völlig aus dem Spiel, und das ist ein Problem. Die USA, Großbritannien und Japan haben schlechtere ökonomische Fundamentaldaten als viele der europäischen Krisenländer, doch ihre Zinskosten liegen auf dem Niveau von Deutschland (etwa 2 % für 10-jährige Papiere); von Hyperinflation keine Spur. ii) Die No-Bailout-Klausel war ebenso wie Art. 123 eine Bedingung Deutschlands für die Einführung des Euro. Demnach darf kein Mitgliedsland für die Verbind-

lichkeiten eines anderen Mitgliedslandes haftbar sein. Tatsächlich wurde die No-Bailout-Klausel mit der Einführung der Rettungsschirme EFSF/ESM ohnehin schon überstrapaziert. Beide Rettungsschirme werden mittelfristig ein ordentliches gesamteuropäisches Budget samt demokratisch legitimiertem Finanzministerium nach us-amerikanischem Vorbild aber nicht ersetzen können.

Europa steht vor wichtigen Entscheidungen: Entweder es vertieft die europäische Integration und implementiert eine oder mehrere Formen einer Haftungsgemeinschaft, oder der Euro ist über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt. Die Entscheidung wird dabei nicht zuletzt davon abhängen, was Deutschland als sein nationales Interesse begreift. Die meisten Deutschen wollen den Euro behalten, glauben aber gleichzeitig dass Merkels Politik richtig ist. Das zeigt auch die Initiative des bekannten deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn gegen die Bankenunion. Eine von 200 ÖkonomInnen unterstützte Replik signalisiert aber auch innerdeutschen Widerstand. Es ist schwierig vorher zu sehen wie sich die politische Debatte entwickeln wird. Klar aber ist dass sie über Europas Zukunft entscheidet. 

DOMINIK BERNHOFER

ist Ökonom in Wien und aktiv in der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund¹².

Literatur

Aglietta M. (2012) The European Vortex; New Left Review, May/June 2012. | **Europäische Kommission** (2008) EMU@10: Successes and challenges after ten years of Economic and Monetary Union; European Economy, 2/08. | **Ishiyama, Y.** (1975) The Theory of Optimum Currency Areas: A Survey; IMF Staff Papers, 22. | **Krugman, P.** (1994) Competitiveness: A Dangerous Obsession; Foreign Affairs, 03/04 1994. | **van Treeck T.** (2012) Don't leave it to Angela Merkel to define 'Structural Reforms'; Social Europe, June 26, 2012. | **Wolf M.** (2012) The Riddle of German Self-Interest; Financial Times, May 29, 2012.

MEGACOOOL 4.0
Künstlerhaus k/haus



JAN POPPENHAGEN, KEVEN, 2007, 100 X 100 CM,
DIBOND MIT ACRYL-BESCHICHTUNG, PRIVATBESITZ

ERWIN OLAF, ROUGE PLAYER 2, 2005, 117 X 80 X 5CM,
COURTESY ERWIN OLAF UND WAGNER + PARTNER, BERLIN



Die EZB muss kämpfen

Friederike Spiecker analysiert in ihrem Beitrag die Lage der Euro-Zone nach den EU-Gipfelbeschlüssen vom 28. und 29. Juni. Spiecker ortet keine Krisenlösung, jedoch zaghafte Einsicht bei den Zentralbanken, dass der bisherige wirtschaftspolitische Kurs falsch war. Fraglich sei jedoch, ob diese Einsicht nicht zu langsam und zu spät erfolge, um den Euro noch zu retten.

Wieder ist ein EU-Gipfel vorbei und wieder reibt sich der Beobachter verwundert den Sand aus den Augen, der dort verstreut wurde. Eine Bankenunion mit gemeinsamer Aufsicht und gemeinsamer Einlagensicherung und eine leichtere Rekapitalisierung klammer Banken durch die Rettungsfonds sollen die Euro-Krise beenden helfen? Wenn das die Mittel der Wahl sind, warum kommt man erst jetzt darauf? Denn dass die spanischen Banken auf faulen Immobilienkrediten sitzen, ist ja schon länger bekannt. Dass die europäischen Banken aufs Engste miteinander verflochten sind, ist ebenfalls keine neue Erkenntnis. Und dass Kapitalflucht einerseits und von Banken gehaltene Staatsanleihen, deren Wert gefallen ist, andererseits jede Bankbilanz belasten, weiß inzwischen auch der ökonomisch weniger versierte Laie.

Die Hoffnung, auf die die Gipfelbeschlüsse setzen und die die EZB offenbar teilt, lautet: Beenden der Kapitalflucht in Südeuropa durch Aufpäppeln und Beaufsichtigen der Banken ohne sichtbare Belastung der Staatshaushalte der Krisenländer. Doch bis sich alle EWU-Partner auf ein wirksames Regelwerk für eine Bankenunion geeinigt haben, dürften die spanischen und italienischen Zinsen längst wieder durch die Decke gegangen sein und die nächste Panikwelle an den Kapitalmärkten für den nächsten EU-Gipfel gesorgt haben. Das lässt sich schon an dem Aufruf von 160 deutschen Ökonomen gegen eine Bankenunion und an der Debatte über diesen Aufruf ablesen, die gerade für Aufregung in den Medien sorgt und in der offensichtlich wird, dass der Begriff Bankenunion vielfältig interpretierbar ist.

Was mit dem Gipfel allerdings erreicht wurde, ist das Eröffnen eines neuen Nebenkriegsschauplatzes, der Medien

und Publikum von den zwei eigentlich zentralen Themen ablenkt und dadurch verhindert, dass sie sinnvoll bearbeitet werden: die Regulierung der Finanzmärkte und die nicht-deflationäre Wiederangleichung der Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Mitgliedsstaaten. Das erste Thema würde die Debatte um die Bankenunion obsolet machen, würde es denn zufriedenstellend gelöst: Eine einhundertprozentige Eigenkapitalunterlegung für Spekulationsgeschäfte vor allem auf den Devisen- und Aktienmärkten, antizyklische Kreditvergabevorschriften für Immobilienkredite und eine Eindämmung der Rohstoffspekulation durch strikte Marktregulierung würden die Abgründe zuschütten, in die derzeit Banken ganze Staaten und sich gegenseitig reißen können.

FINANZMAFIA

Dann müsste man sich auch nicht mehr darüber unterhalten, ob und welche einfachen oder doppelten Netze unter derlei ökonomisch unproduktive Drahtseilakte gespannt werden sollen, um Abstürze zu verhindern. Würde die Politik den von ihr so oft angebrachten Satz, die Finanzmärkte müssten der Realwirtschaft wieder dienen und dürften sie nicht mehr beherrschen, ernst nehmen, wären hier längst die Weichen in Richtung Ende des Finanzkasinos gestellt worden. Stattdessen duckt sich die Politik mit dem Hinweis auf mangelnde internationale Übereinstimmung weg und nimmt nicht einmal den Londoner Zinsskandal zum Anlass, der Finanzmafia die Freizügigkeit des europäischen Binnenmarktes zu entziehen, wie dies etwa im Fall von Drogenhandel selbstverständlich ist.

Dass das Thema nicht-deflationäre Wiederangleichung der Wettbewerbsfähigkeit von der Bildfläche verschwunden ist, kommt der EZB und der deutschen Exportindustrie gelegen. Letztere setzt nach wie vor darauf, dass die jährlich

1. Vgl. das Interview mit Jens Weidmann in DIE WELT vom 13.5.2012
2. Vgl. Trichets Pressekonferenz in der EZB am 6.10.2011
3. Vgl. Jens Weidmann »Zentralbanken sind keine Krisenlöser«, Gastkommentar in der Financial Times Deutschland vom 9.5.2012, Seite 24

zweistelligen Milliardenüberschüsse, die sie immer noch beim Handel mit den EWU-Partnerländern erzielt, auch in Zukunft nicht abgeschmolzen werden müssen, sondern notfalls von den Steuerzahlern der Gläubigerländer berappt werden. Und die Zentralbank ist froh, wieder aus der Schusslinie heraus zu sein, in die sie sich selbst gebracht hatte bei dem vorsichtigen, aber leider ungeschickt angestellten Versuch, sich einer dauerhaften Lösung der Eurokrise zu nähern.

Bundesbankpräsident Jens Weidmann hatte sich im Mai 2012 gegen Vorwürfe wehren müssen, die Geldpolitik verlasse den jahrelang verfolgten Pfad strenger Orientierung an der Preisstabilität. Mit seinem Satz, es «wäre in einer Währungsunion doch eher unnormal, wenn ein Land ständig unter der Durchschnittsinflation liegen würde und andere immer darüber»¹, hatte er nämlich für unspektakulär erklärt, was jahrelang Tabu unter deutschen Zentralbankern gewesen war und nun plötzlich möglich erschien: die Akzeptanz von Inflationswerten über 2% in Deutschland durch die Deutsche Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank (EZB).

Die Begründung, das wäre in Ordnung, solange es innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) insgesamt bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von knapp unter 2% bliebe, wirkt auf den deutschen Zeitungsleser befremdlich. Der hat nämlich noch im Ohr, dass der ehemalige Chef der EZB, Jean-Claude Trichet, besonderes Lob für seine Arbeit von den Deutschen eingefordert hatte mit der Begründung, der Euro sei in Deutschland preisstabiler gewesen als die D-Mark jemals zuvor.² Rein empirisch hatte Trichet mit dieser Feststellung vollkommen recht: Die deutsche Inflationsrate gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts lag seit der Einführung des Euro Jahr für Jahr unter 2%, was zu D-Mark-Zeiten über einen so langen Zeitraum nie der Fall gewesen war. Trichet hatte allerdings nicht dazu gesagt, dass diese enorme deutsche Preisstabilität für eine Währungsunion mit vereinbarter 2%-Zielrate nicht normal sei, wie das nun Weidmann in seinem Interview anmerkt. Zeitgleich mit dem

deutschen Unterschreiten der Zielrate hat die EZB nämlich ihr 2%-Inflationsziel zehn Jahre lang erreicht, waren also die Inflationsraten in anderen EWU-Mitgliedsstaaten ebenso lang über der vereinbarten Zielrate gewesen. Und nun soll laut Herrn Weidmann diese noch vor Kurzem für Deutsche als lobenswert herausgestellte Konstellation «unnormal» gewesen sein?

PREISSTABILITÄT

Bundesbankpräsident Weidmann sprach in dem besagten Interview von einer unveränderten Position der Geldpolitik: Eine etwas höhere deutsche Inflationsrate sei lediglich der guten Konjunktur in Deutschland geschuldet und liege ganz auf der bisherigen stabilitätsorientierten Linie der EZB und der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus könne, so Weidmann an anderer Stelle³, die Geldpolitik die Krise nicht lösen, weil das ihre Unabhängigkeit in Frage stelle. Das jedoch würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Gemeinschaftswährung zerstören, auf das die Zentralbank am meisten angewiesen sei. Aber, so überlegt der deutsche Zeitungsleser, warum sollte gerade dann die bisher so vehement vertretene Linie größter Preisstabilität in Deutschland nur wegen guter Konjunktur, also ohne Not aufgegeben werden? Hieß es nicht jahrelang, dass gerade die unter großen Opfern von Seiten der Lohnneinkommensbezieher erreichte Preisstabilität die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gesteigert habe und die Grundlage unseres heutigen Erfolgs sei, sozusagen die Rückversicherung gegen Krisenzeiten wie den gegenwärtigen, denen weniger vorsichtige Länder nun offenbar nichts entgegensetzen hätten?

Eine überdurchschnittliche Inflationsrate im Vergleich zu unseren Handelspartnern im Euroraum würde eine Reduktion unserer so hart erkämpften Wettbewerbsposition bedeuten. Das hieße im Umkehrschluss, dass wir uns die deutsche Lohnzurückhaltung in den vergangenen zehn Jahren, die zu einer Lohnstückkostenentwicklung weit unterhalb von zwei Prozent jährlich geführt hatte, hätten sparen können. Die Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten

ist nämlich der wesentliche Bestimmungsfaktor der nationalen Inflationsrate. Doch wie kann, was jahrelang als vorbildlich gelobt und den EWU-Partnern als nachahmenswert empfohlen wurde, nämlich eben diese deutsche Lohnzurückhaltung⁴, auf einmal so leichtfertig aufgegeben werden? Schließlich wird das bisherige deutsche Vorgehen den anderen Staaten heute zur Überwindung der Eurokrise nahegelegt oder sogar abverlangt. Dann kann es den Deutschen doch kaum gut tun, den Pfad zu verlassen, der sie nach bisheriger Lesart von EZB und Deutscher Bundesbank vor der Schuldenkrise bewahrt hat?

GLAUBWÜRDIGKEIT

Nein, die Argumentation des Bundesbankpräsidenten leuchtet nicht ein. Der Bürger freut sich über die zur Zeit leidlich gute Konjunktur und pocht trotzdem weiterhin auf eine hohe Preisstabilität, denn er ist nicht nur Lohnempfänger, sondern auch Verbraucher und Sparer. Sollte die Lösung der Euro-Krise hingegen – anders als das der Bundesbankpräsident darstellt – zwingend eine höhere deutsche Inflationsrate und damit eine grundlegende Wende der Ansichten von (deutschen) Geldpolitikern erfordern, dann ließe sich der Bürger möglicherweise überzeugen, eine etwas höhere Preissteigerungsrate hierzulande nicht als das Ende der Glaubwürdigkeit der EZB zu werten. Denn dann könnte er abwägen, was für ihn das kleinere Übel wäre: eine leicht schlechtere, eventuell sogar leicht negative Realverzinsung seines Geldvermögens oder eine schlagartige Entwertung großer Teile dieses Vermögens im Zusammenhang mit dem Auseinanderbrechen der EWU – von den katastrophalen Folgen für die Realwirtschaft und damit auch für viele deutsche Arbeitsplätze ganz abgesehen.

Doch um so fundamentale Fragen geht es ja laut Deutscher Bundesbank bei ihrem Zugeständnis einer Korrektur «unnormaler» Zustände innerhalb der EWU gar nicht. Also muss sie sich auch nicht wundern, dass sie für so nebensächliche Änderungen auf kein Verständnis in den deutschen Medien und beim Durchschnittsbürger trifft, der nun mal seit vielen Jahren andere Töne gewohnt ist und von denen auch nicht lassen

will, war die hohe Preisstabilität doch sein einziger Trost in den langen Jahren lohnpolitischer Enthaltensamkeit.

Doch warum hat sich die Deutsche Bundesbank überhaupt so geäußert? Und was ist von diesen Äußerungen zu halten? Bislang bezeichneten die EZB und vor allem die Deutsche Bundesbank die Euro-Krise regelmäßig als Staatsschuldenkrise in einigen Ländern der EWU.⁵ Sie forderten daher zu ihrer Bekämpfung in den Krisenstaaten strikte Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte und Strukturreformen, vor allem auf den Arbeitsmärkten, etwa nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010. Alle Nothilfen, zu denen sich die EZB entschloss, war sie jedes Mal nur zu leisten bereit unter dem klaren Hinweis, dass sie die Regierungen der EWU-Staaten mit den genannten Maßnahmen und mit von den Steuerzahlern zu tragenden Rettungsschirmen in der Pflicht sähe.⁶

Doch stellt sich diese Krisentherapie immer mehr als Irrweg heraus, weil Sparmaßnahmen und Strukturreformen kurzfristig die Rezessionen in allen Krisenstaaten so verschärfen, dass sich die angeblich langfristig winkenden Früchte dieser Durststrecken als ökonomisch unerreichbar und damit die Maßnahmen selbst als politisch immer undurchsetzbarer erweisen. Die Weigerung der EZB, sich klar zu ihrer Fähigkeit, als «lender of last resort» aufzutreten, zu bekennen, erhöht obendrein die Unsicherheit an den Finanzmärkten, so dass auch die massiven Liquiditätsspritzen der EZB im Dezember 2011 und Februar 2012 keine länger anhaltende Beruhigung mit sich gebracht haben, sondern schnell verpufft sind.

Da diese Liquiditätsspritzen – wie wohl auch von der EZB intendiert – teilweise zum Ankauf von Staatsanleihen der Krisenländer durch deren Banken genutzt wurden, hat sich die gegenseitige Abhängigkeit von privatem Bankensektor und Krisenstaaten noch erhöht, was sich auf Dauer als eher destabilisierend herausstellen könnte.⁷ Zudem hat die enorme Liquiditätsversorgung der Banken durch die EZB die Inflationsängste in der deutschen Öffentlichkeit noch geschürt und

4. Vgl. das Interview von Jean-Claude Trichet am 3.10.2010 in Le Figaro
5. Vgl. etwa Jens Weidmann am 14.12.2011
6. Vgl. Jörg Asmussen: An ECB perspective on key issues of the crisis, Sopot, 24.5.2012
7. Vgl. Olaf Storbeck: Killed by friendly fire? The Euro zone, banks and Draghi's «Big Bertha»

so die Sensibilität für Äußerungen von Seiten der Deutschen Bundesbank wie die oben genannten gesteigert.

In dieser verfahrenen Situation werden Stimmen vernehmbarer, die die Analyse, die Staatsschulden seien ursächlich für die Eurokrise, immer vehementer in Frage stellen. Die Handelsungleichgewichte innerhalb der EWU geraten dagegen zunehmend in Verdacht, Grund der Eurokrise zu sein. Und so rückt die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten in den Fokus, weil sie das Ansteigen der Auslandsverschuldung eines Landes (egal ob privat oder öffentlich) und seine Schwierigkeiten an den Kapitalmärkten mühelos erklärt.

Und das ist der tiefere Grund, weshalb sich die Deutsche Bundesbank zur Inflationsentwicklung in Deutschland äußert und eine weniger rigide Gangart bei der Preisstabilität für akzeptabel erklärt. Denn das gesamtwirtschaftliche Preisniveau, mit dem die Länder in einer Währungsunion beim Handel antreten, entscheidet auf Dauer über ihren Handelserfolg, weil es alle Seiten ihrer Volkswirtschaft widerspiegelt – von der einzelwirtschaftlichen Effizienz und Produktivität über Lohnniveau, Lohnstruktur, Steuer- und Sozialversicherungssystem bis hin zu Rohstoffabhängigkeit vom Ausland und sogar Korruptionsproblemen. Wer die Währungspartner beim Preisniveau insgesamt dauerhaft unterbietet, der baut ihnen gegenüber Wettbewerbsvorteile auf, die die Partner in eine anhaltende Auslandsverschuldung treiben.

Soll diese Auslandsverschuldung gestoppt oder gar abgebaut werden, muss man sich also mit dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit einiger EWU-Länder befassen. Anders ist die Euro-Krise nicht dauerhaft lösbar. Wettbewerbsfähigkeit ist – etwa im Gegensatz zur Produktivität – ein relatives Konzept: Wettbewerbsfähig oder eben nicht wettbewerbsfähig kann man nur im Vergleich zu jemand anderem sein; d.h. wenn einer an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, muss ein anderer an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben. Ganz analog muss es so sein, dass den Krisenstaaten mit den hohen Aus-

landsschulden Gewinnerstaaten mit hohem Auslandsvermögen gegenüberstehen. Und eine Begrenzung und erst recht eine Reduktion dieser Schulden- und Vermögenspositionen erfordern, dass sich die Wettbewerbsverhältnisse zugunsten der Schuldnerländer und zuungunsten der Gläubigerstaaten verschieben müssen.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Nun ist zwar schon seit Längerem davon die Rede, dass die Krisenstaaten ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern müssten. Doch wurde bislang so getan, als ob das allein in der Macht dieser Länder und ihrer Bewohner stünde. Sie sollten ihre Produktivität steigern und ihre Preise bzw. Löhne senken, dann käme es zu einer Verringerung ihrer Lohnstückkosten und damit zu einer Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Doch wie steigert ein Land seine Produktivität? Normalerweise durch Investitionen. Aber wer soll investieren, wenn es von vornherein an der Auslastung und an positiven Gewinnaussichten fehlt? Und wie soll sich beides verbessern, wenn mit Lohnsenkungsmaßnahmen ein deflationärer Kurs eingeschlagen wird? Wenn man die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit den Krisenländern allein aufbürdet, können sie dies nur durch deflationäre Lohn- und Preisanpassung schaffen.

Weil aber ein solcher Kurs die Rezession in den Krisenländern zementiert, ist er weder für die Bevölkerung ökonomisch tragbar noch politisch durchhaltbar. Ebenso ist er für die Gläubigerstaaten völlig unattraktiv: Ein gefesselter Schuldner kann keine Hand mehr rühren, um seine Schulden abzutragen; das weiß jede Bank und setzt daher nicht auf den Schuldturm. Ein Land in Rezession und politischer Instabilität ist kaum in der Lage, seine Auslandsschuldenberge abzutragen.

Es dämmert unseren Geldpolitikern, dass man die Quadratur des Kreises nicht erfolgreich einfordern kann, weil sie faktisch unmöglich ist, sprich: dass der mit Sparpolitik und Strukturreformen eingeschlagene Deflationsweg keine Lö-

sung ist, sondern tiefer in die Krise führt. Und es wird ihnen bewusst, dass die Folgen dieses Mangels an Logik auf sie selbst zurückfällt: Es leiden nicht nur die Bürger der Krisenstaaten unter der verheerenden Krisenpolitik der Regierungen, die die EZB mitgetragen und aktiv mitbetrieben hat, sondern die EZB bringt sich auf diese Weise selbst um ihre Daseinsgrundlage, den Euro. Dass bei dieser Gelegenheit auch die Marktwirtschaft als das Wirtschaftssystem und die Demokratie als das politische System Europas in einem oder mehreren Ländern schweren Schaden nehmen können, ist nicht mehr auszuschließen.

So wächst jetzt die Erkenntnis, dass es ohne ein Entgegenkommen der Überschussländer bei der Anpassung der Wettbewerbsfähigkeit nicht geht, sprich: dass die Inflationsrate vor allem in Deutschland über der Zielmarke der EZB liegen muss. Denn nur dann ist es möglich, dass die Defizitländer eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ohne Deflation bewerkstelligen können, weil ihnen eine Inflationsrate zugestanden wird, die zwar unterhalb der Zielmarke der EZB liegt, aber auf jeden Fall größer als Null ist. Ohne eine positive Preissteigerungsrate ist ein Ende der Rezessionen in Südeuropa unmöglich. Und ohne ein Ende der Rezessionen ist an Rückzahlung der Auslandsschulden und damit an ein Ende der Eurokrise nicht zu denken.

Weil ein solches Abweichen vom vereinbarten Inflationsziel in einzelnen Ländern der EWU ein absoluter Ausnahmezustand zur Lösung der Eurokrise ist und nicht der Normalzustand einer funktionstüchtigen Währungsunion (wie es die umgekehrte Inflationsabweichung im ersten Jahrzehnt des Euro ja auch nicht war), ist es zentral für die Glaubwürdigkeit der EZB wie der Deutschen Bundesbank, dass sie ihren Kurswechsel gerade nicht als normale Anpassung an konjunkturelle Abläufe deklarieren, sondern eindeutig als Strategie, um die Krise zu beenden. Wie sonst sollte die Geldpolitik eines Tages das einfordern, was allein die langfristige Stabilität einer Währungsunion garantiert, nämlich die Einhaltung des von ihr

vorgegebenen Inflationsziels via entsprechender Lohnpolitik in jedem einzelnen Mitgliedsland zu jedem Zeitpunkt seiner Mitgliedschaft?

LENDER OF LAST RESORT

Zur Beendigung der Eurokrise gehören noch ein paar Dinge mehr als die offensive Ankündigung dieses Kurswechsels. So muss die EZB mit Zustimmung aller Regierungen der Eurozone bereit sein, für den Übergangszeitraum, bis die Krisenstaaten wieder wettbewerbsfähig sind, ohne Wenn und Aber als »lender of last resort« aufzutreten.⁸ Denn nur dann können die Zinssätze auf öffentliche Schulden niedrig gehalten und dadurch vermieden werden, dass ansonsten unweigerlich anstehende öffentliche Sparorgien die Erholung des Privatsektors in den Krisenstaaten bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hinausziehen. Dabei kann die EZB wählen, ob sie unter Beibehaltung ihrer durchschnittlichen EWU-Zielinflationsrate von 2% einen längeren Anpassungszeitraum (etwa 10 Jahre) mitträgt oder den Anpassungszeitraum verkürzt, indem sie temporär eine höhere Durchschnittsinflation zulässt.

Denn je größer der Abstand der Inflationsraten zwischen den Schuldner- und Gläubigerstaaten, desto kürzer wird die Zeitspanne, die eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer erfordert. Der Abstand kann aber bei der erforderlichen Vermeidung von Deflation in den Krisenländern nur durch entsprechend höhere Inflationsraten in den Überschussländern vergrößert werden, was sich im Inflationsdurchschnitt der EWU niederschlägt. Wie die EZB zusammen mit den Regierungen in der Anpassungsphase die Finanzierung der Staatshaushalte der Krisenländer und damit auch eine Stabilisierung des Bankensektors konkret bewerkstelligt – ob über Eurobonds, Käufe von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt oder Akzeptanz von Schuldtiteln des ESM – ist eine zweitrangige, verteilungstechnisch aber nicht unwichtige Frage. Die zwingend erforderliche Lohnkoordination zwischen den Eurostaaten ist ein nicht minder kompliziertes Feld, weil sie die Übernahme makroökonomischer Gesamtverantwortung

8. Das Argument, die EZB dürfe gemäß ihrer gesetzlichen Grundlagen nicht in solcher Weise am Markt in Aktion treten, wird regelmäßig in diesem Zusammenhang gebracht. Ein Konsens, dass außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen erfordern, ist hier jedoch dringend erforderlich, sonst steht am Ende der berühmte Grundsatz «Fiat justitia, et pereat mundus». Zudem ließe sich, wenn ein Wille vorhanden wäre, auch ein rechtlich vertretbarer Weg finden, der es der EZB ermöglicht, den Teufelskreis aus Rezession-Schulden-Zinssteigerungen-Sparorgien-Rezession in den Krisenländern zu durchbrechen. Allein die Ankündigung, sie stünde voll und ganz hinter den Krisenstaaten, dürfte bereits für sinkende Zinssätze sorgen, ohne dass dreistellige Milliardenbeträge eingesetzt werden müssten, wie das bei der bislang verfolgten halbherzigen Strategie der Fall war.

tung von den Tarifpartnern erfordert. Ziehen die deutschen Tarifparteien hier nicht kräftig nach oben mit, ist die EZB machtlos, weil sie die einzelnen nationalen Inflationsrate nicht steuern kann.

Doch sollte ein Stimmungswandel in die benötigte Richtung nicht ganz unmöglich sein: Man muss der Arbeitgeberseite schlüssig darstellen, dass die Alternative zu kräftigen deutschen Lohnabschlüssen das Auseinanderbrechen der Eurozone und damit eine überschießende Aufwertung der dann kommenden Währung und ein abrupter Verlust der deutschen Exportmärkte – und zwar dann nicht nur der europäischen – ist. Ganz zu schweigen von den katastrophalen Folgen der durch einen Euro-Crash höchstwahrscheinlich ausgelösten weltweiten Finanzkrise für die Realwirtschaft, im Vergleich zu der die Finanzkrise nach der Lehmann-Pleite ein Spaziergang gewesen sein dürfte. Die überraschende Einmischung des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble in die Tarifverhandlungen der Metallindustrie zugunsten der Arbeitnehmer zeigt, dass ein Einlenken auf höchster Ebene möglich ist. Der vereinbarte Lohnabschluss selbst macht dagegen weniger Hoffnung, dass eine zügige Anpassung gelingen wird.

RETTUNG?

Leider ist es trotz der erkennbaren Silberstreifen am Erkenntnishorizont der EZB und der Deutschen Bundesbank nicht wahrscheinlich, dass die Rettung des Euro noch gelingt. Zu langsam und zaghaft und damit zu unverständlich für Medien, Wähler, Regierungen und Tarifpartner kommen die überfälligen Kurskorrekturen. Sie werden nicht nur von den Zinsspreads an den Finanzmärkten und den Arbeitslosenzahlen in Südeuropa überholt, sie werden vor allem von den politischen Prozessen in Europa überrollt, die die katastrophale Krisenpolitik heraufbeschworen hat. Da helfen auch Diskussionen über Wachstumspakete mit und ohne öffentliche Ausgabenprogramme, Investitionsförderung oder Einlagensicherungsfonds mit supranationaler Bankenkontrolle nicht mehr. Sie kommen zum einen viel zu spät, als dass sie die Schäden auch

9. EZB-Präsident Draghi wies auf diese Möglichkeit in der Pressekonferenz am 5.7.2012 selbst hin: »We agree that (...) structural reforms to boost competitiveness remain key economic priorities.« (siehe hier). Vgl. dazu etwa auch die an die Lissabon-Strategie anknüpfende Wachstumsstrategie EUROPA 2020 der EU-Kommission, in der es heißt: »Die Europäische Union arbeitet intensiv und entschlossen daran, die Krise zu überwinden und die Grundlagen für eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft mit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu legen.«

nur ansatzweise ausgleichen könnten, die inzwischen im Privatsektor der Krisenländer entstanden sind und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zerstört haben. Zum anderen befassen sie sich alle sozusagen mit Nebenkriegsschauplätzen, es fehlt ihnen allen der Ansatzpunkt an der Wurzel der Eurokrise, dem Problem divergierender Wettbewerbsfähigkeit. Das wird besonders dort deutlich, wo von der zu steigenden Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt gegenüber dem Rest der Welt als Ausweg aus der Misere die Rede ist.⁹ Wer sich das zum Ziel setzt, der will die deutsche Unterbietungsstrategie auf europäischer Ebene, sozusagen eine Nummer größer, wiederholen. Derjenige hat also nichts aus der Euro-Krise gelernt. Er übersieht obendrein, dass diese Strategie wegen – man ist versucht zu sagen: dank – der Wechselkurse nicht so einfach wiederholbar ist wie im Fall Deutschlands innerhalb der EWU.

Nur mit dem Mut zu einer offensiven öffentlichen Kehrtwende hat die EZB noch eine kleine Chance, den Euro retten zu helfen. Mit einer solchen Kehrtwende würde sie Europa einen entscheidenden Dienst leisten und könnte endlich logisch konsistent die vollständige Unterstützung des Lösungswegs von Seiten der Fiskal- und der Lohnpolitik einfordern. Die EZB muss kämpfen – um ihr eigenes Überleben und damit für ein friedliches Europa. 

FRIEDRIKE SPIECKER

ist Diplom-Volkswirtin. Sie arbeitet als freie Wirtschaftspublizistin zu nationalen wie internationalen Fragen der Wirtschaftspolitik. Außerdem ist sie in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig. Dieser Text erschien auf dem kritischen Internet-Portal www.nachdenkseiten.de

MEGACOOOL 4.0
Künstlerhaus k/haus



FRANZISKA FOLKA, VERLETZT, 2009, C-PRINT AUF DIBOND, 70 X 105 CM,
COURTESY COLLECTION BEAUX-ARTS DES 2 MUSÉES DE LA VILLE DE LUXEMBOURG



Rio minus 20

Entgegen der Dringlichkeit, das Prinzip der Nachhaltigkeit auf globaler Ebene zu festigen und rasche Umsetzungspläne zu schmieden, ist der Nachhaltigkeitsgipfel »Rio+20« zum eindrucksvollen Flop ausgeartet. Bernhard Obermayr analysiert die Hintergründe des Scheiterns der Verhandlung und bewertet die österreichische Verhandlungsperformance.

Zum 20. Jahrestag der ersten großen Nachhaltigkeitskonferenz traf sich die Weltgemeinschaft am selben Ort wie damals – Rio de Janeiro. Das Treffen 1992 markiert den Ausgangspunkt des sogenannten Rio-Prozesses, der eine ganze Reihe von wichtigen Abkommen mit sich brachte. 2012 markiert den weitgehenden (vorläufigen) Stillstand oder gar Zusammenbruch eines Verhandlungssystems zur Lösung globaler Probleme. Vor 20 Jahren, kurz nach Beendigung des Kalten Krieges, am Beginn einer neuen technologischen Ära, begleitet von einigen politischen Fortschritten, wie dem Ende der Apartheid in Südafrika oder einem ernstzunehmenden Friedensprozess im Nahen Osten, gab es eine positive Grundstimmung, Probleme global, gemeinsam zu lösen. Auch in den USA gab es mit Bill Clinton einen Hoffnungsträger im Weißen Haus, der zumindest die Bereitschaft zum Multilateralismus andeutete – ähnlich zu Barack Obama nach seiner Wahl 2008.

Die Ergebnisse in Rio vor 20 Jahren waren – gemessen an den Erwartungen – trotzdem bescheiden. Greenpeace kritisierte damals etwa, dass die Erde ausverkauft werde und man sich nur auf Maßnahmen einigen könne, die nur wenig oder gar nichts am »business as usual« im Wirtschaftssystem ändern. Nachhaltige Entwicklung wurde mit Handelsregeln vereinbar gemacht und nicht umgekehrt, globale Handelsregeln mit den Notwendigkeiten einer nachhaltigen Entwicklung.

Trotzdem gab es eine Reihe von wesentlichen Abkommen. Die Klimarahmenkonvention, die später im Kyoto-Protokoll mündete, die Biodiversitätskonvention, die Agenda 21, globale Waldschutzprinzipien und die Rio-Deklaration, die zum Referenzdokument für die Debatte um Nachhaltigkeit

wurde, konnten verabschiedet werden. Damit gab es bei aller berechtigten inhaltlichen Kritik eine positive Verstärkung der globalen Bemühungen zu einer nachhaltigen Entwicklung mit globaler Dimension.

Rio 2012 war hingegen ein Desaster. Nicht nur, dass keinerlei Fortschritte erzielt werden konnten, orientierten sich die handelnden Akteure überwiegend an den Interessen der verschmutzenden Industrie, übten sich in geopolitischen Machtspielen und nahmen weitgehenden Stillstand in Kauf. Auch wenn es am Papier zu keinen vertraglichen Verschlechterungen gekommen ist, bedeutet das im politischen Kontext einen klaren Rückschritt: Rio + 20 wurde zur Minus-Show.

DER STILLSTAND

Der Charakter der Verhandlungen spricht bereits Bände, wie es um die Bemühen nach einer globalen Verhandlungslösung stand. Gemessen an den Problemlagen war die Agenda von Anfang an mehr als ambitionslos. Vorstöße in Richtung Klima- oder Waldschutz waren kein Thema, trotz der parallel stattgefundenen Reduktion des gesetzlichen Schutzes des Amazonas auf Druck des starken Agrarsektors im Gastgeberland Brasilien. Ähnlich geringe Aufmerksamkeit erhielten soziale Fragen wie Hunger oder die Bereitstellung von Grundversorgungen. Einzig der Meeresschutz spielte eine Rolle in den offiziellen Verhandlungen. Das heißt jetzt leider nicht, dass die Plünderung der Meere und der absolut drängende Handlungsdruck an den Verhandlungstischen spürbar gewesen wären. Es heißt nur, dass die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zum Schutz der Hochsee diskutiert werden sollte. Die Hochsee ist absoluter wilder Westen. Da sie zu keines Landes Hoheitsgebiet gehört, wird sie als of-

fen zur Ausbeutung durch die Stärkeren verstanden. Überfischung bis zum Kollaps wichtiger Fischgründe ist das Resultat des Rechts des Stärkeren. Ein globales Regelwerk wäre mehr als notwendig und der Prozess dazu sollte mit einem entsprechenden Kalender eingeläutet werden. Aber selbst ein Beschluss zu weiteren verbindlichen Verhandlungen war nicht möglich. Die interessante Koalition aus USA, Kanada und Venezuela (!) verhinderte einen möglichen Erfolg. Insbesondere Venezuela reagierte auf zivilgesellschaftliche Kritik extrem gereizt. Offensichtlich haben die anti-imperialistischen Kräfte in Caracas ein Interesse, lieber mit den USA als mit dem Rest der Länder des Südens und der globalen Zivilgesellschaft im Bett zu liegen.

Aber auch die EU muss sich hier Kritik gefallen lassen. Zwar hat man sich in Rio für das Hochsee-Abkommen stark gemacht, gleichzeitig wird in Europa aber eine neue Fischereipolitik verhandelt, die weit von einer diesbezüglichen Nachhaltigkeit entfernt ist. Die EU-Flotten überfischen weltweit die Fischgründe und tragen massiv zum Rückgang der Bestände und zu Versorgungskrisen von Küstenregionen in Afrika und dem Pazifik bei. Eine glaubwürdige Verhandlungsposition sieht anders aus.

DER RÜCKSCHRITT

Stellte man 1992 in Rio noch die weltumspannenden Krisen und die Notwendigkeit des Handelns zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, wurden diese Themen in Rio 2012 ausschließlich in den Sonntagsreden der angereisten MinisterInnen betont. De facto waren die eigentlichen Themen einer globalen Nachhaltigkeitskonferenz von keinerlei Bedeutung in den Verhandlungen. Und das ist ein massiver Rückschritt.

Dieser Prozess der Aushöhlung des Rioprozesses hat eine Geschichte, die ebenso lang wie der Prozess selbst ist. Eine ernsthafte Umsetzung der Riobeschlüsse von 1992 hätte die

Interessen großer Teile der Industrie massiv betroffen und eine klare Umverteilung von Ressourcen von Nord nach Süd bedeutet. Insbesondere die Ölindustrie und andere große Energieunternehmen sowie energieintensive Branchen haben damals die beginnenden Entwicklungen in Richtung eines globalen Umweltschutzes sofort torpediert. Mit massiven Lobbyanstrengungen wurde ebenso gearbeitet wie mit allen möglichen »dirty tricks«, wie der Etablierung ganzer pseudowissenschaftlicher Institute und *Think-Tanks*, die etwa den Klimawandel leugnen und jegliche Bemühungen zur notwendigen Transformation des Energiesystems attackieren. Diese Gruppen spielen etwa im gegenwärtigen us-Wahlkampf wieder eine relevante Rolle. Der Kampf gegen Klimaschutz ist ein zentraler einigender Faktor bei den RepublikanerInnen und deren stark wachsendem rechten Rand.

Diese Unternehmen haben etwas zu verlieren. Bei einer konsequenten Umsetzung des Rioprozesses wäre nicht nur ihr Geschäftsmodell – z. B. Verbrennen von fossilen Brennstoffen anstelle der Nutzung erneuerbarer Energien – gefährdet. Sie würden auch massiv öffentliche Gelder verlieren. Seit 1992 wurden global ca. eine Trillion Dollar an Subventionen für umweltzerstörende Tätigkeiten ausgeschüttet. Dies passiert in Form von Förderung von Kohle und Atom; der Subvention von Benzin und motorisiertem Individualverkehr, aber auch mittels Subventionen für industrielle Landwirtschaft oder nicht nachhaltigen Fischfang. Wären diese Mittel für die Umsetzung der Rioziele von 1992 eingesetzt worden, hätte das ein enormes Potential für die Transformation des globalen Wirtschaftssystems bedeutet. Nur wären dann die großen globalen Ölfirmen in einer ganz anderen Situation, als sie es heute sind.

Und dieses Spiel geht weiter. Das Ende der Kohlesubventionen in Europa wurde wieder einmal vertagt; die großen Ölmultis, allen voran Shell, stoßen mit ihren Bohrungen in immer riskantere Gebiete vor, wie etwa in die zunehmend eisfreie Polarregion; die Zerstörung der Wälder durch die För-

derung von Agrotreibstoffen schreitet mit tatkräftiger österreichischer Beteiligung voran und die Subventionierung des Leerfischens der Meere wird auch in der EU aufrecht erhalten.

In Rio wurde dieses Jahr dafür viel über »green economy« gesprochen. Das Ergebnis war, sich lieber auf nichts Substantielles zu einigen, wodurch jedes Land eigene Definitionen konstruieren kann, die es auch ermöglichen, umweltzerstörerische Tätigkeiten mit einzubeziehen. Darüber hinaus wurden Unternehmen nur dazu aufgefordert, sich auf freiwilliger Basis verantwortungsvoll zu verhalten und wenn möglich Nachhaltigkeitskriterien in ihr Reporting zu integrieren. Begriffe wie »accountability«, also Verantwortlichkeit, wurden im Kapitel zu Unternehmen gleich ganz gestrichen. Das Ergebnis von Rio ist ein Triumph für die verschmutzende Industrie und zeigt deutlich, in welchem Ausmaß sich deren Anstrengungen in den letzten 20 Jahren gelohnt haben.

DIE PLAYER

Kein relevanter Akteur war in Rio wirklich willens, für ein starkes Ergebnis zu kämpfen. Die EU hat sich im Rahmen ihrer niedrig gehaltenen Ambitionen, die die Konferenz von Anfang an begleiteten, noch relativ anständig verhalten. Das heißt, in der Bandbreite möglicher Ergebnisse hat sich Europa noch für das am wenigsten enttäuschende Ergebnis eingesetzt. Wenig überraschend lag dann das Endergebnis deutlich unter der EU-Position.

Wieder einmal hat sich die Verhandlungsstrategie der EU, ein bisschen mehr zu wollen als die anderen, dabei möglichst wenig auf den Tisch zu legen als nicht erfolgreich erwiesen. Gleichzeitig signalisiert man immer um der Existenz des Verhandlungsprozesses willens jedes Ergebnis zu akzeptieren. So trägt die EU das üble Ergebnis auch diesmal wieder mit, ohne es maßgeblich beeinflussen zu können. Ob es je ein Resultat geben wird, welches der EU zu schlecht ist und lieber eine Konferenz platzen lässt, wird zunehmend zu einer interessanten Frage. Aber das europäische Dilemma ist auch

hausgemacht. Wenn die eigene Politik an allem anderen als an Nachhaltigkeit ausgerichtet wird, dann kann die Verhandlungsposition bei einer Nachhaltigkeitskonferenz natürlich nicht berauschend aussehen. Von der bereits erwähnten gemeinsamen Fischereipolitik über die ambitionslose Klimapolitik, bis hin zu Effizienzkriterien für Treibstoff, bei denen die deutsche Automobilindustrie (und an ihrem Gängelband auch Österreich) keine echten Fortschritte zulässt, zieht sich eine Kette aus umweltpolitischen Versagen. Zudem sind die Mitgliedsstaaten in zentralen Politikbereichen heillos zerstritten. So kämpft etwa die eine Hälfte Europas darum, Atomenergie als zu fördernde, saubere Energie zuzulassen, während die andere nur echte Erneuerbare unterstützt.

Die USA waren wieder einmal – im Verbund mit dem inzwischen wahrscheinlich größten Umweltschurkenstaat Kanada – das Blockadeland par excellence. Barack Obama hat angesichts des anlaufenden Präsidentschaftswahlkampfes alles vermieden, um auch nur in die Nähe eines großen UN-Events zu kommen. Die US-Delegation hat eine Obstruktionspolitik in allerbesten Tradition der Ära Bush hingelegt. Im Falle der USA ist die Mischung aus dem Einfluss großer Konzerne und die stark vorherrschende Ablehnung des Multilateralismus durch politische Eliten eine verheerende Mischung. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass die alten Herren vom Nobelpreis-Komitee mit ihrer vorauseilenden Auszeichnung Obamas für dessen internationales Engagement völlig falsch gelegen sind.

Brasilien war als Gastgeber ausschließlich um Gesichtswahrung und der Verabschiedung irgendeiner Abschlusserklärung bemüht. Durch die jüngsten Rückschritte im Amazonnenschutz und die Entdeckung großer Erdölvorkommen vor der brasilianischen Küste war der einstige Umweltvorreiter des Südens auch nicht mehr in der Position, von der Weltgemeinschaft die Ambition zu fordern, die man selber nicht hat. Das man dann von Seiten der Vorsitzführung (=Gastgeber) alles daran gesetzt hat, ein Abschlussdokument zu finalisieren, bevor überhaupt die meisten RegierungsvertreterInnen ange-

reist sind, stellte dann eine sehr seltene diplomatischer Gepflogenheiten dar und zeigte die Prioritäten Brasiliens deutlich. Solch ein Dokument kann nur enttäuschend sein, da es sich ausschließlich an der schwächsten inhaltlichen Position ausrichten muss.

CHINA & INDIEN

Auch die beiden großen Länder des Südens haben wenig Ambition gezeigt. Auch hier gibt es kaum Ansatzpunkte, nachhaltige Entwicklungsmodelle über das gegenwärtige, kurzfristige »business as usual«-Modell zu stellen. In den Verhandlungen verhielten sich beide sehr ruhig und waren genauso wie ihre vis-à-vis aus dem Norden an keinen starken Ergebnissen interessiert. Ihr Verweis auf die Verantwortung des Nordens für die gegenwärtige Situation und die fehlende globale Gerechtigkeit in allen Vorschlägen für globale Abkommen ist verständlich und in der Sache richtig, vor allem im Hinblick auf ihr Recht auf Entwicklung. Das daraus abgeleitete Recht zur Ambitionslosigkeit ist aber weder nachvollziehbar noch erträglich. Zu Recht steht die Haltung der USA deutlich stärker unter Kritik. Die Unbeweglichkeit China und Indiens wird zunehmend zum Thema – sowohl von Seiten der kleineren und schwächeren Entwicklungsländer, als auch von Seiten der Zivilgesellschaft.

Trotzdem ist aber der Verweis auf diese beiden asiatischen Wirtschaftsmächte, um etwa in Europa das eigene Nichthandeln und die schwache Performance bei solchen Konferenzen zu begründen immer noch falsch und wenig originell. Immer noch verbrauchen EuropäerInnen deutlich mehr Ressourcen als AsiatInnen. Chinas Verbrauch und Emissionen gehen zu einem Viertel bis einem Drittel auf das Konto der Exportindustrie und sind damit instrumentell für den Konsum im Norden. Ein guter Teil der Emissionsreduktionen in Europa geht auf die Verlagerung von Standorten in den Süden zurück. Die Emissionen finden dann in China statt, der Konsum aber z. B. in Österreich. Noch immer sind fast die Hälfte der InderInnen ohne Zugang zu elektrischer Energie – wieder ein

Verhandlungsbereich, der in der Konferenz bis zur Unkenntlichkeit verwässert wurde. Nachhaltiger Zugang zu Energie für die Armen stand auf der Tagesordnung und hätte eine Chance für neue Entwicklungsstrategien geboten. Erneuerbare Energien können dezentrale Versorgung für die ländlichen Massen bieten ohne den Klimakollaps weiter zu befördern. Kohle und Atom produzieren Elektrizität in zentralen Einheiten überwiegend für die urbanen und industriellen Zentren. In der Sache sind dabei allerdings nur völlig vage Absichtserklärungen herausgekommen, die beliebig interpretierbar sind. Weder Europa noch die USA haben die inhaltliche oder moralische Berechtigung, die Schuld an schlechten Ergebnissen Ländern des Südens in die Schuhe zu schieben. Dieses Recht könnten sie nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie eine echte Vorreiterrolle einnehmen würden.

GEOPOLITIK

Summa summarum haben wir in Rio eine ähnliche Situation wie bei den meisten internationalen Verhandlungen erlebt. Die großen Länder bzw. Ländergruppen sind nicht bereit, relevante Zugeständnisse zu machen – und ohne diese Bereitschaft gibt es rein logisch keine Verhandlungen. Der Druck auf Regierungen kommt von den jeweils relevanten Unternehmen, aber auch aus einer öffentlich-medialen Konstruktion, Zugeständnisse seien ein Zeichen von Schwäche.

Hätten sich die USA in Rio zu irgendetwas verpflichtet, wäre ein Narrativ à la »Kniefall vor China« unvermeidlich und möglicherweise im US-Wahlkampf sogar entscheidend gewesen. Ähnlich ist das übrigens auch in China oder Indien: Jegliche Vereinbarung, die als Zugeständnis an den Norden interpretiert werden kann, ist innenpolitisch selbst in China kaum durchsetzbar. Das Vertrauensverhältnis zwischen den großen Ländern und Blöcken ist seit Ende des Kalten Krieges auf einem Tiefstand. Dies sind nicht nur innenpolitische Kommunikationsprobleme, sondern Ausdruck einer verschärften geopolitischen Auseinandersetzung v. a. zwischen den USA und China. Abstecken von Einflussphären, Zugang

zu strategischen Rohstoffen, militärische und handelspolitische Muskelspiele sind die dominanten Umgangsformen, kooperative Verhandlungslösungen sind kaum zu finden. Dies ist ein gänzlich anderes Setting als noch 1992, als kurz nach Ende des Kalten Krieges die Möglichkeit der Kooperation zur Lösung globaler Probleme im Raum stand.

... UND ÖSTERREICH?

Österreich ist natürlich kein Global Player in solchen Prozessen und jeglicher Versuch, sich als relevanter Akteur zu stilisieren, entbehrt nicht einer gewissen Lächerlichkeit. Dies ist etwa der Fall, wenn Umweltminister Nikolaus Berlakovich euphorisiert von den letzten Klimaverhandlungen in Durban 2011 zurückkehrt und versucht, jeden wissen zu lassen, dass er einer der letzten EU-Minister vor Ort war, der noch ein – ebenfalls nicht der Rede wert – (Nicht-)Ergebnis mit den Großen ausverhandelt hat. Das müsste nicht so sein, wie Österreich in der Vergangenheit oder gegenwärtig andere europäische Länder ähnlicher Größe in der Vergangenheit zeigen. Dazu bedarf es aber dreierlei:

Erstens, den Willen global etwas zu bewirken. Die österreichische Politik hat sich von jeglicher Ambition, internationale Prozesse positiv zu beeinflussen, befreit. Selbst auf EU-Ebene fällt man diesbezüglich nicht auf und versucht zumeist, mit dem Strom zu schwimmen. Einzelne Ausnahmen, wie der jahrelange Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer und die aktive diesbezügliche Koalitionsbildung zeigen, dass es auch anders gehen könnte.

Zweitens, die Glaubwürdigkeit in der Sache. Österreich hat mit Ausnahme von Atomkraft und Gentechnik kaum ein Umweltthema, in dem es auch nur einen Hauch internationaler Glaubwürdigkeit besitzt. In Österreich selbst wird dies durch die positive Haltung der Bevölkerung und die Überzeugung, ein »Umweltmusterland« zu sein, kaschiert. International bzw. europäisch sind sowohl die erbärmliche Klimabilanz (anstatt um 8% seinen CO₂-Ausstoß zu senken, hat

Österreich diesen um 13% erhöht und ist damit ein europäisches Schlusslicht) oder auch die Gegnerschaft zu den meisten ambitionierten EU-Regulierungen im Klimabereich ein Thema. Anstatt zu handeln hat man sich damit abgefunden, teure und damit budgetbelastende Emissionszertifikate aus dem Ausland zu kaufen, deren Wert für den Klimaschutz gegen Null geht. Der Umweltminister freut sich dann öffentlich, wenn die Preise für diese Zertifikate und damit die Kosten für das nationale Versagen sinken. Um ernsthaft globale Prozesse beeinflussen und aktiv handeln zu können, braucht es aber eine solche Glaubwürdigkeit.

Drittens, die Kompetenz im Thema. Die meisten zentralen Nachhaltigkeitsthemen werden in Österreich kaum behandelt. Es gibt kein Regierungsmitglied mit glaubhafter Kompetenz oder auch nur Interesse im Bereich des Klimaschutzes – von anderen zentralen Themen wie etwa der Biodiversität ganz abgesehen. Im politischen Prozess kommen diese Themen dann auch kaum vor bzw. werden ausschließlich für Klientelinteressen missbraucht, wie etwa der Förderung von Agrotreibstoff als versteckte Subvention für die Landwirtschaft. Während andere europäische Länder massiv in erneuerbare Energien investieren und damit Konjunkturimpulse und Technologieförderung betreiben, bleibt Österreich auf dem Niveau von Sonntagsreden zu »green jobs«. So wird systematisch eine der interessantesten Optionen des 21. Jahrhunderts verpasst. Dabei würde ein kurzer Blick über die Grenzen nach Deutschland, oder noch besser ein Stück weiter nach Dänemark, wo die Energiewende ein Herzstück der Politik der neuen sozialdemokratisch geführten Regierung ist, sehr gute Anschauungsbeispiele bieten.

Aus österreichischer Sicht hat Rio dann etwas kurios geendet. Der zuständige Minister Berlakovich ist gleich gar nicht hingefahren, da sowieso schon ein schlechtes Ergebnis beschlossen war. Den Mut, sowohl den Prozess als auch das Ergebnis vor Ort zu kritisieren, und sich damit durchaus Respekt zu verdienen, hatte er dann doch nicht. Dafür konnte

Staatssekretär Wolfgang Waldner, der das offizielle Österreich in Rio vertrat, das Ergebnis dann auch als Schritt in die richtige Richtung loben und die visionäre Rolle der EU herausstreichen. Seine Rede als Vertreter der österreichischen Bundesregierung war aus dem Setzkasten diplomatischer heißer Luft entnommen. Der zuständige Minister ballt zu Hause die Faust im Sack, der anwesende Staatssekretär lobt das Ergebnis und zu sagen hatte man aus genannten Gründen sowieso nichts. Rio war nicht nur für die nachhaltige Entwicklung des Planeten, sondern auch für Österreich ein Minusereignis. 🍷

BERNHARD OBERMAYR

ist Ökonom und Kampagnenleiter für Zentral- und Osteuropa bei Greenpeace. Er ist Mitglied des internationalen Politikteams von Greenpeace und hat in dieser Eigenschaft an zahlreichen Klimaverhandlungen der letzten Jahre teilgenommen, darunter auch bei den Weltklimakonferenzen zwischen 2007 und 2009 als Mitglied der österreichischen Regierungsdelegation.

MEGACOOOL 4.0

Künstlerhaus k/haus



JUSSI PUIKKONEN, SONJA & JAAKKO 1, 2008, C-PRINT, 44 X 30 CM, AUF ALUMINIUM KASCHIERT, COURTESY DER KÜNSTLER



BASTARD

CARVIN



Der rote Papst und die kritische Theologie

Anlässlich der Neuauflage von Karl Kautskys »Der Ursprung des Christentums« setzt sich Josef Falkinger mit diesem Klassiker des führenden Theoretikers der deutschen und internationalen Sozialdemokratie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhunderts auseinander. Ein Vergleich mit dem heutigen Stand der kritischen Theologie zeige, dass das Buch des »roten Papstes« erstaunlich wenig von seiner Aktualität verloren habe.

Wer dieses Buch liest, tritt eine spannende Zeitreise in gleich zwei vergangene Welten an: in die Welt des Urchristentums und in die Welt der Ursozialdemokratie, die da wäre die Welt des historischen Materialismus, die Welt der marxistischen Geschichtstheorie.

Karl Kautsky wurde 1854 in Prag geboren, schloss sich bereits in jungen Jahren der Sozialdemokratie an und arbeitete zwischen 1880 und 1895 als Sekretär und Vertrauter von Friedrich Engels in London. Von Engels ererbte er die schwierige Aufgabe, das unvollendete theoretische Werk von Karl Marx weiter zu verarbeiten: ein Wust an Skizzen, Briefen und Entwürfen, in den Worten des Sozialwissenschaftlers Karl Korsch »ein gewaltiger theoretischer Torso«. Nebenbei hinterließ Marx – der Begründer einer der berühmtesten Geschichtstheorien [des historischen Materialismus] – kein einziges fertiges Geschichtsbuch. Nun handelte es sich darum, das reichhaltige Rohmaterial auszuwerten. Mit einem Buch über das Urchristentum wollte Kautsky die Erklärungsmacht der Marxschen Theorie am konkreten Beispiel demonstrieren. Kautsky wählte zu diesem Zweck ein Thema, das brisanter nicht hätte sein können. War doch das Christentum noch immer die zentrale ideologische Kraft in Deutschland, und war es doch bereits vor Kautsky zur Entwicklung einer kritischen liberalen Theologie gekommen, die sich mit großem Eifer die Aufgabe setzte, den historischen Jesus zu entmystifizieren.

Kautsky lieferte mit seinem Werk einen Klassiker der Sozialgeschichte. Aber wurde das Werk durch die weitere Entwicklung der Wissenschaft nicht überholt? Die hier an-

gestrengte Gegenüberstellung mit der modernen kritischen Theologie kommt zum Schluss, dass die Kernthesen Kautskys zum historischen Jesus und seinen ersten Anhängern auch heute nicht leicht von der Hand zu weisen sind.

DIE METHODE DER KRITISCHEN THEOLOGIE

Die kritische Theologie, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem im Umkreis der evangelischen Kirche entstand, setzte sich zum Ziel die historische Wahrheit des Christentums hinter dem Mythos der Heiligen Schrift zu ergründen. Sie legte den Forschungsschwerpunkt auf formengeschichtliche und philologische Untersuchungen der Textstruktur des neuen Testaments. Das bedeutet, dass zuerst im Textkörper einzelne Passagen unterschieden werden, die einander widersprechen, in unterschiedlichem Stil geschrieben sind oder verschiedene theologische Meinungen zum Ausdruck bringen. Dann wird in einem zweiten Schritt der ursprüngliche Text von späteren Einfügungen separiert, um auf diese Weise die Theologie der Urgemeinde oder sogar des historischen Jesus herauszukristallisieren.

Auch das Oberhaupt der katholischen Kirche hat sich in den letzten Jahren mit der Frage des historischen Jesus beschäftigt. Josef Ratzinger, besser bekannt als Benedikt XVI., zieht in seinem Buch Jesus von Nazareth eine negative Bilanz über die kritische Jesusforschung. [RATZINGER, 2007] Schon Albert Schweitzer hätte festgestellt, dass jeder Theologe seinen historischen Jesus nach eigenem Gutdünken zeichne. Die Quellen seien zu dünn, die Methoden der kritischen Theologie zu prekär, nichts Gesichertes ließe sich sagen. Daher,

so Ratzinger, sei gleich der Glaube an die Evangelien einem vermeintlichen Wissen vorzuziehen. Für diesen skeptischen Blick, den nebenbei konservative Katholiken mit radikalen Jesusleugnern teilen, spricht auf den ersten Blick viel.

Tatsächlich liegen sich seit jeher die Theologen in den Haaren, was nun die ursprünglichen Textpassagen seien. So stellt auch der renommierte evangelische Jesusforscher Gerd Theissen fest, dass sich die Formengeschichte ohne den Bezugspunkt der Sozialgeschichte tendenziell in einem ahistorischen Subjektivismus verirrt. Theissen war es, der 1979 darauf hinwies, dass sich die kritische Theologie der Sozialgeschichte und Soziologie zuwenden müsse, um glaubwürdige Resultate zu erzielen. [THEISSEN, 1989]

DIE METHODE VON KAUTSKY

Karl Kautsky war um die Jahrhundertwende wohl der erste Jesusforscher, der sich sozialwissenschaftlicher Methoden bediente. Zwar baute auch er seine Untersuchung auf die zu dieser Zeit schon vorhandene reichhaltige formengeschichtliche Analyse von David Friedrich Strauß bis Adolf von Harnack auf, aber er verknüpfte die ideengeschichtliche Untersuchung mit der Frage nach der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Situation des sozialen Trägers der Religion. Die Veränderung dieser Situation des sozialen Trägers, in diesem Fall der Urgemeinde, liefert für ihn den Schlüssel zur Auflösung des formengeschichtlichen Rätsels, gibt die Antwort auf die Frage nach dem Früher oder Später der einzelnen Textpassagen.

Wird die Entwicklung der urchristlichen Theologie in Verbindung mit der Sozialgeschichte der urchristlichen Gemeinde gebracht, tut sich zudem eine bemerkenswerte Möglichkeit auf, die Authentizität einzelner Passagen zu bewerten. Es kann nämlich dann die Hypothese aufgestellt werden, dass all jene Textteile, die den sozialökonomischen Interessen der späteren urchristlichen Gemeinden widersprachen, einen besonders hohen Wahrheitsgehalt beanspruchen können. Sind

es doch eben diese Passagen, die mit hoher Sicherheit nicht von den späteren Verfassern, Abschreibern und Übersetzern eingefügt wurden. Diese Form der Analyse ist ein mächtiges Werkzeug in der Hand des Historikers. Er kann jetzt die Textteile der Evangelien mit dem höchsten Authentizitätsgrad herausdestillieren und die Frage aufwerfen, welche Überlieferung mit den tatsächlich existierenden sozioökonomischen Strukturen im historischen Palästina zusammenpasst. Im Unterschied zu den radikalen Jesusleugnern wie Bruno Bauer versucht sich Kautsky dadurch an einen wirklich historisch existierenden Jesus und eine reale Urgemeinde heranzutasten.

VERSCHIEDENE STRÖMUNGEN IM JUDENTUM

Im Jahrhundert um Christi Geburt war die Situation in Palästina politisch und sozial äußerst angespannt und geprägt von der brutalen Besetzung des Landes durch die Römer. Es gab im damaligen Judentum vier religiöse Strömungen mit jeweils eigenen politisch-weltanschaulichen Vorstellungen:

1. Die Sadduzäer gehörten der hellenisierten aristokratischen Oberschicht an und standen der Kultur der römischen Besatzungsmacht positiv gegenüber.
2. Die Pharisäer favorisierten einen nationalen Befreiungskampf gegen die Besatzer mit friedlichen Mitteln.
3. Die Zeloten traten für eine gewaltsame soziale und politische Befreiung ein und rekrutierten ihre Anhängerschaft aus den untersten Volksschichten. Ein radikaler Flügel, die Sikarier, erregte sogar mit Dolch-Attentaten Aufsehen.
4. Die Essener predigten Gütergemeinschaft und schlossen sich in Kommunen am See Genezareth zusammen, bereiteten sich aber auf einen kommenden Krieg mit den Römern vor.

Kautsky liefert zahlreiche Indizien dafür, dass Jesus und seine ersten Anhänger den kriegesischen und sozialrevolutionären Gruppierungen des Judentums, den Essenern und Zeloten, näher standen als der Theologie lieb. So finden sich in den Evangelien zahlreiche Jesusworte, die sich für einen gewaltsamen Kampf gegen die Römer aussprechen. Sie sind sehr glaubwürdig, da sie nicht im Interesse der späteren pazifistisch

eingestellten sozialen Träger des Urchristentums lagen und daher schwerlich nachträglich eingefügt worden sein konnten. Umgekehrt waren die Redakteure auch nicht in der Lage, diese Passagen verschwinden zu lassen. Zu weit war offensichtlich zur Zeit der ersten Christen ihr Bekanntheitsgrad. Heute sind aber gerade diese Stellen in der Öffentlichkeit wenig bekannt und auch in modernen Standardwerken der kritischen Theorie werden sie nicht selten weder erwähnt noch diskutiert. [Vgl.: THEISSEN, 2000; KOESTER, 1980]

AUTHENTISCHE JESUSWORTE?

So kündigt Jesus an, Feuer auf die Erde zu werfen. [Lukas 12, 49ff] Er spricht davon, nicht den Frieden zu bringen, sondern das Schwert, Zwietracht in Hausgemeinschaft und Familien zu sähen. [Matthäus 10, 34ff] Kurz vor seiner Verhaftung befiehlt er den Jüngern, Schwerter zu besorgen. [Lukas 22, 36ff] Bemerkenswert ist nicht zuletzt die Säuberung des Tempels von Händlern. Die Theologie der Essener und Zeloten lehnte das Tempelopfer vehement ab; immer wieder kam es rund um diese Frage zu zelotischen Tumulten im Tempelbereich. Auch Jesus konnte den schwer bewachten und von hunderten Händlern und Priestern bevölkerten Tempel unmöglich alleine und mit friedlichen Mitteln gestürmt haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Gefangennahme von Jesus am Ölberg. Zum einen verläuft sie nicht gewaltlos: Petrus schlägt einem Römer das Ohr ab. Zum anderen war der Ölberg ob seiner strategischen Lage der Ausgangspunkt der meisten zelotischen Revolten.

Interessant ist auch der Name Jesus, der auf Hebräisch Joshua bedeutet. Joshua war der Nachfolger von Moses, der Kanaan mit ungeheurer Brutalität eroberte, um eine Phase der totalen Gottesherrschaft, ein Reich Gottes, einzuleiten. Die Sehnsucht nach einem neuen Joshua war ein Bestandteil der jüdischen Messias-Erwartung der damaligen Zeit. Auch die Taufe im Jordan ist in diesem Zusammenhang als kriegerisches Ritual zu interpretieren, ein Symbol des Übertritts der Armee Joshuas über den Jordan. So besehen erhält auch die

Ankündigung des Täufers, dass einer kommen werde, der mit Feuer taufe an statt bloß mit Wasser, eine andere Bedeutung. [Matthäus 3, 11] Schlussendlich wurden sowohl der Täufer als auch Jesus als politische Rebellen hingerichtet. Ein weiteres wichtiges Indiz für die Verwicklung von Jesus in die jüdische Widerstandsbewegung ist auch, dass der Tod am Kreuz in der römischen Rechtsprechung lediglich für politische Delinquenten vorgesehen war. Dass Jesus wegen seiner religiösen Gedanken hingerichtet wurde widerspricht der römischen Kultur, Rechtsprechung und Herrschaftspraxis der damaligen Zeit zutiefst.

DER WECHSEL DES SOZIALEN MILIEUS

Wir wissen, dass Jesus und seine ersten Anhänger im Milieu sozial entwurzelter Schichten der jüdischen Gesellschaft [verarmte Fischer, Lastenträger, landlose Bauern, Prostituierte,...] operierten. Hauptursache der Verarmung war die Plünderung der Provinz durch die Römer. Wir wissen auch, dass Jesus sowohl von der römischen Besatzungsmacht als auch von vielen seiner Anhänger als politischer Rebell gesehen wurden. Es ist bekannt, dass sich das soziale Umfeld der Jesusbewegung in einem Zustand der äußersten sozialrevolutionären Gärung befand. Die dominanten religiösen Strömungen in diesem Milieu waren die kämpferischen Essener und die Zeloten. Galiläa, der Hauptort der jesuanischen Predigt, galt als rebellisches Räuber- und Hochburg der anti-römischen Guerilla. Die charakteristischen Typen dieser Zeit sind der Zelotische Kämpfer und der Essenische Mönch.

Die Ideen der Jesusbewegung verbreiteten sich aber von Beginn an auch unter den Juden, die außerhalb Palästinas in Syrien, Kleinasien, Ägypten und in Rom lebten, der sogenannten jüdischen Diaspora. In diesem Teil des Judentums, das bereits tief vom Hellenismus geprägt war, nahm es eine andere Entwicklung. Der soziale Träger der Jesusbewegung im hellenisierten Teil des Judentums war zwar auch sozial entwurzelt, aber zudem auch politisch atomisiert. Die den Hellenismus beherrschenden ideologischen Strömungen, die Stoa,

der Platonismus und der Kynismus versprachen nicht sozio-ökonomische Veränderung, sondern legten das Augenmerk auf die individuelle Moral. Der Typus im hellenistischen Milieu des Christentums ist der charismatische Wanderprediger.

Der Wechsel des sozialen Milieus führte bald zu einem scharfen Konflikt zwischen der heidenchristlichen Tendenz um Paulus und der judenchristlichen Gemeinde von Jerusalem unter Jakobus, die im nationalen Judentum verhaftet blieb. Bis zum Jüdischen Krieg 66 – 70 n. Chr. drifteten diese beiden Milieus immer weiter auseinander. Die jüdische Gesellschaft radikalisierte sich immer mehr, ging zur offenen Rebellion über und trat in kompletten Gegensatz zur Welt des Hellenismus. Mit der desaströsen Niederlage der Juden, der Zerstörung des Tempels und der Vertreibung der Juden aus Jerusalem verloren aber auch die Judenchristen ihren politischen Zusammenhalt. Jetzt kam es auch in Palästina zu einer Umorientierung. Jetzt war der Weg frei für eine Wiedervereinigung der Kirche. Aber davon später.

DAS KREATIV-NEUE DER JESUSBEWEGUNG

Kautsky gehört nicht zu denen, die Jesus für eine rein mythologische Gestalt halten. Obwohl Kautsky die Anknüpfungspunkte der ersten Christen an der Bewegungen der Zeloten und Essener betont, sah er das Christentum sehr wohl als qualitativen Sprung, als sozialpolitische Innovation an. Er hielt es für sehr gut möglich, dass ein einzelnes Individuum namens Jesus zuerst aussprach oder in die Tat umsetzte, was sich viele nur dachten. Kautsky sah die Leistung des historischen Jesus in einer Kombination von Elementen der bereits existierenden radikalen jüdischen Strömungen. Konkret trug Jesus die Praxis der Gütergemeinschaft – bisher nur am flachen Land in den Klöstern der Essenern gelebt – in den städtischen Raum und damit in die Reihen der Zeloten. Die Essener warteten bereits seit über hundert Jahren auf den Einbruch einer apokalyptischen Zeit, in der sie ihre Klöster verlassen wollten, um sich hinter einem neuen König der Juden zu sammeln. Nach dem apokalyptischen Denken des damaligen Judentums wird

die Messianische Zeit durch die Erscheinung des Antichristen auf Erden eingeleitet, durch seinen Versuch selbst Gott zu werden. Im Jahr 26 begann Pilatus im Tempel von Jerusalem Standbilder des römischen Kaisers aufzustellen und forderte seine Anbetung als Gott. In den 20 Jahren vorher stürzten die neuen römischen Steuern Palästina in grausames Elend. Das Signal zu einem neuen Äon war gegeben.

Die Essener zeichneten sich nicht nur durch ihre Erwartung eines Krieges der Kinder des Lichts mit den Kindern der Finsternis aus. Sie trachteten danach Gott zu einem Eingreifen zu bewegen durch eine Rückkehr zu der von Jesaja und Moses gepredigten radikalen sozialen Gerechtigkeit. Heute weiß man durch den Fund der Schriftrollen von Qumran, dass die Radikalisierung des jüdischen Ethos der Gerechtigkeit und die Erweiterung des jüdischen Begriffes der Nächstenliebe – Konzepte, die in der Bergpredigt zum Ausdruck kommen – der Theologie der Essener entstammen. Beispielsweise existierte auch die Idee der Feindesliebe bei den Essenern bereits in einer relativen Form. Sie bezog sich nur auf die eigene Gemeinschaft der Erniedrigten und Beleidigten, und nahm die Heerscharen des Satans, den römischen Kaiser und seine Anhänger davon aus. Der Ethos Hass mit Liebe zu vergelten galt im individuellen Bereich, nicht aber im politischen Freiheitskampf der Juden gegen die Herrschaft der Römer.

ENTPOLITISIERUNG

Kautsky datiert die Abkehr der Jesusbewegung von ihren kämpferischen politischen Ursprüngen vor allem auf die Zeit nach dem Jüdischen Aufstand und der Zerstörung des Jerusalemer Tempels 70 n.Chr. Eine genaue Analyse der so genannten echten Paulusbriefe, die heute allgemein als die ältesten Dokumente des Christentums gelten, deutet aber daraufhin, dass dieser Prozess unter den hellenisierten Juden bereits früher stattgefunden hat. Es ist seltsam, dass Kautsky nicht erkannte, dass genau der Konflikt zwischen Jakobus und Paulus, zwischen den Heidenchristen und Judenchristen in Wirklichkeit eine Auseinandersetzung um das Zelotische

Erbe der Jesusbewegung, um die Frage des politischen und sozialen Befreiungskampfes gegen die Römer war. Die Strömung um Jakobus, dem Bruder von Jesus, wurde erst später Judenchristentum genannt. In Wirklichkeit handelte es sich um die Jerusalemer Gemeinde, die gegen die hellenisierten Anhänger von Paulus die traditionellen Ideen und Sitten der Urgemeinde verteidigte.

Kautsky stellt den Konflikt leider als relativ harmlosen Streit über die Frage des jüdischen Ritus, also Fragen der Beschneidung und diversen Speisegesetze dar. Hier liegt die moderne Jesusforschung, die klar zwischen einer paulinischen Theologie und einer judenchristlichen Theologie unterscheidet, richtiger. Während die paulinische Theologie beispielsweise im Brief an die Römer recht gut erhalten ist, gibt es aber keine judenchristliche Dokumente aus dieser Zeit.

PROBLEMATISCHE METHODE

Die kritische Theologie löst dieses Problem oft so, dass sie spätere judenchristliche Dokumente heranzieht, um die Theologie des frühen Judenchristentums abzuleiten.[Vgl. KOESTER, 1980] Diese Methode ist jedoch problematisch, da alle Quellen, die nach dem Jüdischen Aufstand geschrieben worden sind, bereits völlig andere theologische Konzepte vertreten als die verloren gegangenen Quellen davor. Das Judenchristentum – ursprünglich kriegerisch und offensiv – verwandelte sich nach der Zerstörung des Jerusalemer Tempels in eine nach innen gerichtete, zur Mystik tendierende, apolitische Strömung.

Wir können die Theologie der Gegner des Paulus in Wirklichkeit lediglich konstruieren, indem wir die Anschuldigungen und Vorwürfe von Paulus gegen seine Widersacher untersuchen und mit unserem Wissen über das soziale Milieu der judenchristlichen Jerusalemer Gemeinde kombinieren. Wenn wir die soziologische Methode von Kautsky in der Analyse der Paulusbriefe anwenden, kommen wir zu erstaunlichen Resultaten. Es finden sich weitere wichtige Indizien

für die Kernthesen von Kautsky über den historischen Jesus und seine ersten Anhänger. Ein wirkliches Verständnis des Konfliktes zwischen Judenchristen und Heidenchristen macht aber einen kurzen Exkurs in die paulinische Gedankenwelt notwendig.

DIE THEOLOGIE DES PAULUS

Die Theologie des Paulus ist nur aus den Kontext der hellenistischen Philosophie heraus zu verstehen. Vor allem der Platonismus spielt eine grundlegende Rolle. Die paulinische Theologie basiert auf der Idee, dass es hinter der unreinen fleischlichen Welt eine Ideenwelt, eine Welt des Geistes gäbe. Wem es gelänge, hinter dem Fleische die Ideen zu erkennen, der würde bereits zu Lebzeiten unsterblich sein. Gerade dieser Zugang bewegte laut Plato Sokrates dazu, den Tod freiwillig auf sich zu nehmen. Paulus richtete sich im Unterschied zu Plato nicht an philosophisch gebildete Schichten, von denen er verlangen konnte, die Existenz der Ideenwelt durch logische Schlüsse zu erkennen. Er musste Glauben verlangen und den Übergang in das neue geistige Weltzeitalter mit einem Mysterium verknüpfen.

Der agrarisch geprägte hellenistische Orient war von der Idee durchdrungen, dass etwas Neues nur durch ein Opfer in die Welt kommen könne, da auch die neue Frucht das Opfer der Aussaat erforderte. Die Erneuerung der Menschheit war dementsprechend nur durch ein Menschenopfer denkbar. Sollte gar die fleischliche Welt in eine geistige Welt verwandelt werden, brauchte man da nicht das Opfer einer Idee, des Logos, eines Geistwesens, eines Gottes selbst? Der in der hellenistischen Welt stark verbreitete Dionysos-Kult hielt das nötige Mysterium bereit: das qualvolle Opfer eines Gottes als Voraussetzung zu einer Erneuerung der Welt. Sehr treffend bezeichnete Nietzsche das paulinische Christentum als vulgarisierten Platonismus. Auch die Transformation des jüdischen Konzeptes der relativen Feindesliebe, die das Böse von der Liebe exkludiert, zur totalen Feindesliebe entspricht Platons These, dass es besser sei, Unrecht zu erleiden als Unrecht zu tun.

PAULUS UND SEINE GEGNER

Paulus wettet in seinen Briefen, die als älteste bekannte christliche Dokumente gelten, vor allem gegen das theologische Konzept der Gerechtigkeit durch gerechtes Handeln. »So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben« [Römer 3, 28], donnert er beispielsweise gegen die, die danach trachten ihre eigene Gerechtigkeit aufzurichten. Ein radikales politisches und soziales Verständnis von Gesetz und Gerechtigkeit war aber die zentrale Lehre der Zeloten und Essener. Es deutet viel darauf hin, dass die judenchristlichen Gegner des Paulus in den verschiedenen Gemeinden der Diaspora diesen radikalen jüdischen Strömungen nahe standen.

Paulus stellt dem Konzept der Gerechtigkeit den Glauben an Jesus Christus als den Sohn Gottes und sein Auferstehungsmysterium entgegen. Nun wissen wir, dass auch Essener und Zeloten an eine Auferstehung ihrer Gerechten, Propheten und Lehrer sowie an deren mögliche Wiederkehr glaubten. Die Auferstehung galt speziell für die im Kampf gefallenen Märtyrer. Die Idee, dass der Messias ein Sohn Gottes wäre und durch seinen Opfertod der großen Masse der Sünder das ewige Leben schenken könne, war dem Judentum aber völlig fremd. Dass alleine der Glaube an dieses Mysterium selig machen könnte, musste einem Judenchristen geradezu absurd vorkommen.

Auch in der zelotischen Theologie ist es möglich, dass ein Gerechter die Gnade Gottes erwirkt. Er kann dies aber nur durch seine Werke, nicht durch Glauben, tun. Die Gnade Gottes zeigt sich dann in einem Eingreifen Gottes in die Geschichte, in einer Unterstützung der Söhne des Lichtes im Kampfe gegen die Söhne der Finsternis. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die ersten Anhänger von Jesus den Kreuzestod als Niederlage ansahen, die aber einen kommenden Sieg herbeiführen könnte, als Heldentat eines einzelnen Gerechten, die Gott dazu bewegen könnte, den Menschen insgesamt ihre Ungerechtigkeit zu verzeihen und in die Geschichte einzu-

greifen. Der Eingriff Gottes hätte selbstverständlich durch die kriegerische Wiederkehr des Messias zu geschehen, nicht als Gefolterter, sondern als siegreicher weißer Reiter der Apokalypse. Nicht der Tod am Kreuz, sondern erst der kommende militärische Sieg brachte dieser Anschauung gemäß die Erlösung der Gemeinde. Die Gemeinde wäre zudem nicht dazu verdammt, geduldig auf eine Befreiung von oben zu warten. Sie könnte durch zusätzliche Werke der Gerechtigkeit das Kommen des Messias weiter beschleunigen.

In diesem Kontext ist auch die Klage von Paulus zu verstehen, dass sich in mitten in der christlichen Gemeinde falsche Apostel, sogenannte Prediger der Gerechtigkeit befänden [2. Korinther 11, 13 ff], die einen anderen Jesus [2. Korinther 11, 4] und ein anderes Evangelium [Galater 1, 6ff] predigen.

Damit waren höchst wahrscheinlich diejenigen Apostel und Lehrer gemeint, die das Auferstehungsmysterium und die Gottessohnschaft nicht glauben wollten, sondern in Jesus lediglich einen Propheten, Lehrer und messianischen Kämpfer sahen. Paulus bezichtigt seine Gegner, die sich in die Gemeinden eingeschlichen hätten, als getarnte Anhänger des Antichristen [2. Korinther 11, 14f] und wünscht ihre Ausrottung durch Gott. [Galater 5, 12] Wir sehen hier, dass es bereits zur Zeit des Paulus verschiedene divergierende Evangelien, daher Berichte über Jesus und seine Lehre gegeben haben muss. Paulus schreibt, dass seine Gegner mehr Ansehen genießen würden als er [Galater 2, 6ff], bessere Redner seien und generell als »höher« gelten würden [2. Korinther 11, 5f]. Dies spricht dafür, dass es sich bei seinen Gegnern um die traditionellen Apostel der Jerusalemer Gemeinde also vor allem um Jakobus handelt.

DER BRIEF AN DIE RÖMER

In seinem Brief an die Römer fordert Paulus zudem die Gemeinde auf den Kaiser als göttliche Ordnung zu betrachten und die Institution der Sklaverei anzuerkennen. [Römer 13, 1ff] Die Annahme drängt sich auf, dass es auch in Rom Chris-

ten gab, die eine andere Haltung zu diesen wichtigen Fragen einnahmen, eine Haltung, die mit der Gerechtigkeitsvorstellung des Propheten Jesaja übereinstimmte, der Sklaverei und Autokratie zu tiefst ablehnte.

Die unmittelbare Ursache für den Brief an die Römer war die Ausweisung der Juden aus Rom auf Grund von Unruhen der römischen Christen 49 n. Chr. Es besteht kein Grund, an der Angabe von Tacitus zu zweifeln, dass die Anhänger eines gewissen Chrestos in Tumulte involviert gewesen waren. Sie passt gut zu anderen Hinweisen auf eine Nähe der ersten Christen zu den radikalen jüdischen Gruppierungen. Sie passt zudem zu den steigenden Spannungen in Palästina und zu dem Faktum, das Paulus eine Veranlassung sah, die römischen Gemeinde zu Pazifismus, Akzeptanz der herrschenden Ordnung und Feindesliebe aufzurufen. Bereits 38 n. Chr. wurde die jüdische Religion in Italien verboten, weil es zu Störungen des Kaiserkultes kam. Auch in Alexandrien kam es zu größeren Ausschreitungen auf Grund des Kaiserkultes. Es sei darauf hingewiesen, dass die Jesusbewegung in Palästina gerade als Auflehnung gegen den neuen Kaiserkult verstanden werden muss.

Es ist bemerkenswert, dass Paulus, der seinen Gegnern vorwirft, Jesus zu leugnen, nahezu gar nichts vom Leben Jesu zu erzählen weiß. Dabei ist es unmöglich, dass er keine Geschichten dazu kannte, denn gerade die späteren Evangelien zeigen, dass viele mündliche Geschichten im Umlauf gewesen sein mussten. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Kunde vom historischen Jesus so gar nicht zum paulinischen Konzept des geopfertem Lamm Gottes passen wollte. Deshalb stützte Paulus seine persönliche Berufung auch auf eine unabhängige Erscheinung des göttlichen Christus. Darum rief Paulus seine Gegner aus der Jerusalemer Gemeinde dazu auf, vor allem zu glauben. Dieser Aufruf zum Glauben an den göttlichen Christus und sein Mysterium macht nur dann Sinn, wenn es etwas gab, das die Jünger Jesu aus ihrem persönlichen Kontakt mit dem historischen Jesus nicht wissen konnten.

DIE GÜTERGEMEINSCHAFT

Die Gütergemeinschaft war ein fester Bestandteil der Lebensweise der ersten Christen. »Die ganze Menge der Gläubigen war ein Herz und eine Seele. Niemand betrachtete etwas von seinem Besitz als privates Eigentum. Was sie besaßen, gehörte ihnen gemeinsam«, [Apostelgeschichte 4, 32] heißt es im Neuen Testament. So sehr Paulus gegen das Konzept der Werkgerechtigkeit ankämpfte, die Gütergemeinschaft stellte er nicht in Frage.

So sehr Paulus auch vom hellenistischen Denken geprägt ist, so stellt er sich dennoch radikal gegen die Haupttendenz im Hellenismus seiner Zeit: gegen einen jede Pore der Gesellschaft durchdringenden Individualismus. Paulus kämpft gegen den Hochmut des Einzelnen, gegen alle möglichen Quellen nicht nur der weltlichen, sondern auch der religiösen Eitelkeit, ganz gleich, ob es sich dabei um das Charisma des Wanderpredigers, die Weisheit des Gnostikers oder die Gerechtigkeit des Propheten handelte. Allein selig machend sei neben dem Glauben das Kollektiv, die Gemeinschaft der Gläubigen, die sich auch als soziale Gütergemeinschaft zu zeigen habe. Sie sei der Leib Christi, der Einzelne Stückwerk und Blendung. In der Überwindung des Eigendünkels besteht eben die Kraft der Liebe, neben dem Glauben die zweite Schlüsselkategorie der paulinischen Theologie.

Kautsky hat sicherlich recht, wenn er feststellt, dass hellenistische und jüdische Christen gleichermaßen die Praxis der Gütergemeinschaft befürworteten, dass der Streit zwischen ihnen kein Streit um die Frage der Gütergemeinschaft gewesen ist. Vielmehr ging es in diesem Konflikt darum, ob die soziale Gerechtigkeit auch außerhalb der Gemeinde, in Staat und Gesellschaft eingefordert werden sollte, wie es Jesaias Konzept der Gerechtigkeit und der totalen Gottesherrschaft verlangte.

PETRUS – PAPST EX POST

Die Niederlage der Juden im Krieg gegen die Römer 70 n. Chr. veränderte das Judentum grundlegend. Jetzt hiel-

ten auch ins Judenchristentum pazifistische, individualistische und jenseitsorientierte Haltungen Einzug. Das postrevolutionäre Judentum war nicht mehr zelotisch ausgerichtet, sondern wies Tendenzen zur Gnosis, einer orientalistisch-indischen Praxis der Selbstversenkung auf: Der Weg für eine Versöhnung zwischen Judenchristen und Heidenchristen war frei.

Das Zentrum des Christentums dieser Zeit war nicht Rom, sondern Antiochia, das geographische Bindeglied zwischen Palästina und der hellenistischen Welt. Es ist kein Zufall, dass sich gerade dort eine Strömung etablierte, die unter der Leitung des Petrus zwischen der Jerusalemer Gemeinde um Jakobus und der paulinischen Theologie zu vermitteln versuchte. Nach der Zerstörung Jerusalems wurden die Petrus-Anhänger zur Achse der urchristlichen Kirche. Eine Ironie der Geschichte: Gerade der wankelmütige Petrus, der das eine Mal das Schwert gegen die Römer zog, um das andere Mal den Herrn zu verleugnen, mutiert mythologisch zum Felsen, von dem es heißt: Auf dir werde ich meine Kirche bauen. [Matthäus 16, 18]

Laut Kirchenvater Papias wurde das Markusevangelium von einem engen Vertrauten des Petrus verfasst. Es ist tatsächlich sehr gut möglich, dass es sich dabei um eine Art Kompromisspapier von Petrus-Anhängern handelte, die verschiedenen Flügel des Urchristentums zu einen. Denn das Evangelium des Markus baut grundsätzlich auf dem theologischen Programm von Paulus auf, versucht aber, Geschichten und Konzepte anderer Zugänge zu integrieren. Das ist auch die Ursache für die Widersprüchlichkeit dieser Schrift.

DIE APOKALYPTIK ALS ZELOTISCHER RESTBESTAND

Die Reste der einstmals mächtigen Zeloten-Bewegung und der Essener wurden unter anderem durch die Apokalyptik in das neue Urchristentum integriert. Der Krieg der Söhne des Lichtes gegen die Söhne der Finsternis würde kommen, dürfe aber nur durch die Wiederkunft des Messias als Welten-

herrscher initiiert werden und nicht durch den Aktivismus der Gerechten. In der Form der Apokalypse konnte der zelotische Traum vom Reich Gottes auf Erden als Utopie in einen ansonsten passiven und pazifistischen Liebeskommunismus eingebaut werden. Zu Glaube und Liebe gesellt sich die Hoffnung. Statt der gewaltsamen Konfrontation mit dem römischen Staat stand nunmehr der Aufbau einer sozialen Parallelgesellschaft im Vordergrund.

Trotzdem war das Christentum noch lange ein Dorn in den Augen der römischen Imperatoren. Die Christen forderten von ihren Anhängern eine radikale Umverteilung der Güter und bauten mit ihren Gemeinden Formen der demokratischen Selbstorganisation auf, die jeder Absolutismus als Bedrohung empfinden musste. Sie lehnten den Kaiserkult und den Kriegsdienst ab und damit sowohl das ideologische wie das praktische Fundament des römischen Kaiserreichs. Kurz, das Urchristentum stellte alle herrschenden Institutionen in Frage, war aber nicht in der Lage, sozial-ökonomische und politische Alternativen anzubieten. Die ersten Christen können damit möglicherweise als proto-revolutionäre Bewegung verstanden werden.

DIE SOZIOLOGIE DER KRITISCHEN THEOLOGIE

Es ist das Verdienst von Gerd Theissen, der soziologischen Methode ihren gebührenden Stellenwert in der kritischen Theologie zurück gegeben zu haben. Interessanterweise kommt aber die soziologische Methode in den Händen der kritischen Theologie zu anderen Resultaten als in den Händen des Laiisten Kautsky. Gerd Theissen stimmt zwar Kautsky insofern zu, als dass er den historischen Jesus in den Kontext des jüdischen Freiheitskampfes stellt. Er hält es allerdings für plausibel, dass die Ideen der absoluten Feindesliebe und der Gewaltlosigkeit bereits aus dem jüdischen Freiheitskampf selbst erwachsen. Die Jesus-Bewegung hätte sich damit von Anfang an der zelotischen Bewegung und den Essenern diametral entgegen gestellt. Das Hauptargument von Theissen liegt darin, dass es zur Zeit Jesus zwei erfolgreiche soziale Bewegungen gegeben

hätte, die auf dem Weg der Gewaltlosigkeit Teilsiege gegen das römische Regime durchsetzen konnten, und zwar 26 n. Chr. und 39 n. Chr.. Diese Bewegungen hätten der Predigt Jesus den Weg bereitet. Dieses Argument hat aber eine schwache Seite: Was Theissen nämlich nicht erwähnt, ist, dass es bereits eine Strömung der jüdischen Freiheitsbewegung gab, die sich zur Zeit Jesus für eine Strategie der Gewaltlosigkeit aussprach, und zwar die Pharisäer. Theissen spricht zu Recht davon, dass die jüdische Aristokratie sicherlich die Kontrolle über die Demonstrationen verloren hatte.

Die Pharisäer gehörten jedoch nicht zur Aristokratie. Sie müssen von den hellenisierten, aristokratischen Sadduzäern genau unterschieden werden. Sie verkörperten die gewaltlose, zögerliche Strömung im jüdischen Freiheitskampf der Zeit Jesus. Nun gehörten aber genau jene Pharisäer neben den Römern und Sadduzäern zu den Hauptwidersachern des historischen Jesus, wie in den Evangelien zu lesen ist. Demgegenüber lesen wir in der Bibel rein gar nichts von Auseinandersetzungen zwischen Jesus und den Zeloten, oder Jesus und den Essenern. Und dies, obwohl Jesus auch laut den Evangelien Kontakt zu beiden hatte. Der Jünger Simon wird als Zelot bezeichnet, Johannes der Täufer stand auch laut Mainstream-Theologie den Essenern nahe oder war selbst Essener.

Hätten die ersten Christen tatsächlich eine separate politische Strömung gegenüber den Zeloten gebildet, dann wären sie zwischen 30 n. Chr. bis zum jüdischen Krieg immer mehr gezwungen gewesen, sich von ihren dominanten Gegnern abzugrenzen. Es müsste Berichte über Konflikte in den Evangelien, zumindest aber in der Apostelgeschichte geben. Das einzige, was es aber zu Hauf gibt, sind Konflikte mit den Pharisäern, den pazifistischen Gegnern der militanten Zeloten.

DER MORD AN ZACHARIAS

Nun gibt es eine einzige Passage in den Evangelien, die tatsächlich einen Angriff auf die Zeloten darstellt, und diese Stelle ist das zweite Argument von Gerd Theissen. Es handelt

sich dabei um eine Passage in der Jesus den politischen Mordes an dem reichen Kaufmann Zacharias verurteilt (Matthäus 23,34; Lukas 11,51). Auf Grund von heidnischen Quellen ist heute unter kritischen Theologen [HENGEL, 2011; THEISSEN 1989] anerkannt, dass dieser Kaufmann durch eine zelotische Volksmenge ermordet wurde. Diese Annahme bildet auch die Grundlage für das Argument von Theissen. Im Evangelium wird der Sachverhalt jedoch anders dargestellt. Jesus predigt in dieser Passage gegen die Pharisäer und Schriftgelehrten und beschuldigt sie der Kreuzigung, Geißelung und Verfolgung der Propheten. Erst gegen Schluss der Passage beschuldigt er sie zudem, den Kaufmann Zacharias im Tempel ermordet zu haben.

Diese Stelle ist ein einziger Widerspruch. Denn diejenigen, die auf Grund der Kollaboration mit den Römern und der Kreuzigung der Rebellen verurteilt werden, sollen plötzlich einen Rebellenangriff auf einen Kaufmann begangen haben. Es ist offensichtlich, dass die zwei Behauptungen unvereinbar sind. Ein Teil der Passage ist authentisch, der andere ein späterer Einschub.

Bereits formengeschichtlich betrachtet, müssen wir davon ausgehen, dass es sich bei der Stelle mit Zacharias um den Einschub handelt. Denn in eine ganze lange ideologisch geschlossene Rede gegen die Pharisäer wird gegen Schluss plötzlich ganz ohne inneren Zusammenhang der Rebellenangriff auf Zacharias aufgetischt. Aber auch die soziologische Methode kommt zu einer eindeutigen Antwort. Sie fragt im Fall eines Widerspruchs nach einer Veränderung der sozialen Situation und der Interessenslage der Gemeinde. Von dieser Analyse ausgehend wird die Frage nach dem früher oder später der sich widersprechenden Passagen beantwortet. Als das Matthäus-Evangelium geschrieben wurde, eine Generation nach dem Fall von Jerusalem, bestand ein Interesse der Autoren und der Gemeinde, sich von den Zeloten und Essenern abzugrenzen. Weil man es aber noch nicht wagte, die eigene Vergangenheit offen zu kritisieren, schoben die Redakteure

die kritisierte Tat einfach den altbekannten Feinden, den Pharisäern, in die Schuhe.

NICHT NUR FÜR HOBBY-THEOLOGEN INTERESSANT

Das Werk von Kautsky bietet abgesehen von der Spurensuche nach dem historischen Jesus noch weitaus mehr. Es wartet mit einer überaus interessanten historisch-soziologischen Analyse des vorchristlichen Judentums auf und versucht die ökonomischen und sozialpsychologischen Ursachen für den Verfall des Römischen Reiches zu ergründen. Bemerkenswert ist zudem die Beschreibung des Siegeszugs der Christen im Römischen Reich und der Wandlung des Christentums in eine Staatsinstitution.

Am meisten beeindruckt aber den Beobachter des 21. Jahrhunderts die Parallele der modernen vom Individualismus geprägten Lebensweise mit der Lebensart im Römischen Kaiserreich, eine Lebensart, die unsere an menschlicher Vereinzelung und deren Auswüchsen möglicherweise sogar noch übertraf. Der schnelle Aufstieg der christlichen Parallelgesellschaft als Antwort auf diese Entfremdung deutet daraufhin, dass auch die heutige individualistische Gesellschaftsform an ihre Grenzen stoßen könnte. Die Geschichte des Urchristentums ist damit auch ein Buch für die Zukunftsforschung. ❤️

JOSEF FALKINGER

arbeitet als Ökonom in Wien.

Quellen

Hengel, Martin: Die Zeloten: Untersuchungen zur jüdischen Freiheitsbewegung in der Zeit von Herodes I. bis 70 n. Chr., Mohr Siebeck Tübingen, 2011 | **Koester, Helmut:** Eine Einführung in das neue Testament im Rahmen der Religionsgeschichte und Kulturgeschichte der hellenistischen und römischen Zeit, Walter de Gruyter, 1980 | **Ratzinger, Josef:** Jesus von Nazareth, Herder Verlag, 2007 | **Theissen, Gerd:** Die Religion der ersten Christen, Güntersloher Verlagshaus, 2000 | **Theissen, Gerd:** Studien zur Soziologie des Urchristentums, Mohr Siebeck, 1989



Karl Kautsky
**DER URSPRUNG DES
CHRISTENTUMS**
Verlag AdV
436 Seiten, 19,90 Euro

Spekulation, Schulden & Viren



Wilfried Bommer BODENRAUSCH

Seit der weltweiten Finanzkrise gelten Investitionen in Ackerflächen als besonders krisensicher. Dieses Buch zeigt, wer die Akteure dieses Bodenrausches sind. Und was jeder einzelne in seinem Konsum- und Essverhalten tun kann, um ihn zu stoppen. Denn wer Biosprit und volle Supermärkte braucht oder sein Geld in Agrar- und Boden-Fonds investiert, unterstützt die globale Jagd nach den Äckern der Welt.
EICHBORN, 385 Seiten, 20,60 Euro



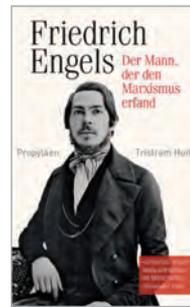
Hans Blumenberg QUELLEN, STRÖME, EISBERGE

Um der übermächtigen Wirklichkeit zu entkommen, erfinden Menschen Bilder und Mythen, metaphysische und kulturelle Systeme, denn sie bieten Orientierung, auch wenn sich ihre »Wahrheit« kaum beweisen lässt. Von dieser Überlegung geleitet, interessierte sich der Philosoph Hans Blumenberg lebenslang für bestimmte Metaphern, die als »regulative Ideen« dem Denken einen Rahmen geben, ohne es ganz festzulegen.
SUHRKAMP, 303 Seiten, 22,60 Euro



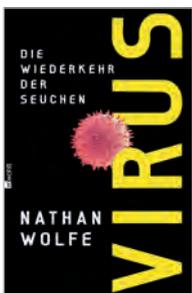
David Graeber SCHULDEN

Graeber packt das Problem der Schulden an der Wurzel, indem er bis zu ihren Anfängen in der Geschichte zurückgeht. Das führt ihn mitten hinein in die Krisenherde unserer Zeit: Von der Antike bis in die Gegenwart sind revolutionäre Bewegungen immer in Schuldenkrisen entstanden. Graeber enttarnt Geld- und Kredittheorien als Mythen, die die Ökonomisierung aller sozialen Beziehungen vorantreiben.
KLETT-COTTA, 536 Seiten, 27,30 Euro



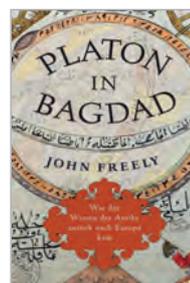
Tristram Hunt FRIEDRICH ENGELS

In seiner Biographie wird Friedrich Engels als eigenständigen Denker gezeigt, dessen Werk demjenigen von Marx nicht nachstand. Einerseits Bon vivant, Frauenheld und erfolgreicher Unternehmer, andererseits Moralist, Vordenker des Kommunismus, scharfer Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise war Engels sozusagen eine Verkörperung der dialektischen Denkweise.
PROPYLÄEN, 576 Seiten, 25,60 Euro



Nathan Wolfe VIRUS

Mikroorganismen wie Viren und Bakterien sind die vielfältigste Lebensform auf Erden – und sie befinden sich überall. Der Autor erzählt, welche Rolle Mikroorganismen in der menschlichen Evolution spielten und warum gerade wir so anfällig für gefährliche Krankheitserreger sind. Und er erklärt, inwiefern erst unsere moderne Lebensweise die Voraussetzungen für die weltweite Ausbreitung von Seuchen geschaffen hat.
ROWOHLT, 336 Seiten, 20,30 Euro



John Freely PLATON IN BAGDAD

Diese Geschichte des Wissenstransfers beginnt im 7. Jahrhundert v. Chr. in Ionien an der kleinasiatischen Küste. Naturphilosophen wie Thales von Milet erforschen hier Himmel und Erde. Auf Milet folgen Athen, Alexandria, Rom und Byzanz als Zentren der Wissenschaft. Doch zu Beginn des Mittelalters geht dieses Wissen in Europa verloren. Aufbewahrt wird es in der arabischen Welt.
KLETT-COTTA, 388 Seiten, 25,60 Euro

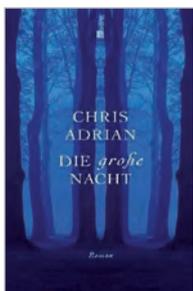
Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Frauen, Söhne & Chucks



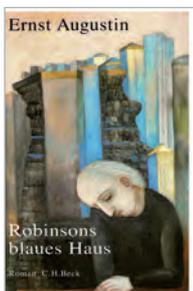
Gioconda Belli
DIE REPUBLIK DER FRAUEN

Was wäre, wenn sämtliche Männer von jetzt auf gleich aus dem öffentlichen Leben verbannt würden? Und die Frauen übernehmen das Regiment? In Gioconda Bellis fiktivem kleinen Land Faguas ist genau das geschehen – mit ungeahnten Folgen. Der neue Roman der großen lateinamerikanischen Poetin und Revolutionärin: eine spritzige und spannende Utopie, die zu denken gibt.
DROEMER, 304 Seiten, 18,50 Euro



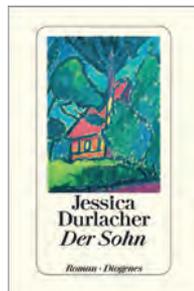
Chris Adrian
DIE GROSSE NACHT

Ein Sommernachtstraum in San Francisco. Titania, die Elfenkönigin, ist außer sich vor Wut und Trauer: Ihr Kind ist tot und sie, inmitten ihres Hofstaats, ganz auf sich gestellt. Denn Oberon, ihr Mann, hat sie verlassen. Wie soll sie ohne ihn das Mittsommerfest, die größte Nacht des Jahres, feiern? Sie löst den tausend Jahre alten Zauber, der den Dämon Puck in Bann gehalten hat, aus schierem Überdruß an ihrem Leiden.
ROWOHLT, 448 Seiten, 15,40 Euro



Ernst Augustin
ROBINSONS BLAUES HAUS

Es ist die Fabel vom letzten Robinson in einer Welt nicht mehr vorhandener Freiräume. In Grevesmühlen, in blauer Südsee, im Londoner Kerker, im Spiegelhaus auf dem Wyman Tower. Es gibt einen hochpolierten Freitag, eine abgesoffene Kirche, ein Imperium von Besenkammern und es gibt Luxus. Vor allem gibt es eine Unmenge virtuellen Geldes, mit dem man alles kaufen kann.
C.H. BECK, 319 Seiten, 20,60 Euro



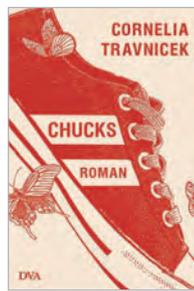
Jessica Durlacher
DER SOHN

Schlagartig ist es vorbei, das sorglose Leben der Familie Silverstein. Da ist einer, der ihr Leben bedroht, denn er ist gefangen in einer Geschichte, die der Vergangenheit angehört und doch auf fatale Weise bis in die Gegenwart reicht. Eine Geschichte, die Großvater Silverstein immer verschwiegen hat. Und die sein Enkel Mitch zu Ende führt.
DIOGENES, 416 Seiten, 23,60 Euro



Martin Amis
DIE SCHWANGERE WITWE

Es ist Sommer 1970, eine Gruppe junger Engländer verbringt ihren Urlaub in Italien. »Auch Frauen haben ein Recht auf fleischliche Begierde« heißt es, und der 22-jährige Keith Nearing weiß den Feminismus für seine Zwecke zu nutzen und plant akribisch seine Seitensprünge. Bissig rechnet Martin Amis, der Bad Boy der Literatur Englands, mit den Errungenschaften der sexuellen Revolution ab.
HANSER, 416 Seiten, 25,60 Euro



Cornelia Travnicek
CHUCKS

Mae zog noch vor Kurzem als Punk durch die Straßen Wiens, lebte von Dosenbier und den Gesprächen mit ihrer Freundin über Metaphysik und Komplizierteres. Im AidsHilfe-Haus, wo sie eine Strafe wegen Körperverletzung abarbeiten muss, lernt sie Paul kennen und verliebt sich in ihn. Als bei ihm die Krankheit ausbricht, beginnt Mae gegen sein Verschwinden anzukämpfen.
DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT, 192 Seiten 15,50 Euro

Die goldene Finanzierungsregel

»The whole world suffers when men and women are silent about what they know is wrong.« Mit diesem Satz endet das vielbeachtete »Manifest für ökonomische Vernunft«, ein Ende Juni in der Financial Times veröffentlichter Aufruf von Paul Krugman und Richard Layard. Europa, so heißt es darin, wiederhole derzeit die wirtschaftspolitischen Fehler, die in den 1920er und 30er Jahren gemacht wurden und zur Großen Depression geführt haben.

Ist es aber tatsächlich so, dass man wider besseres Wissen einen Austeritätskurs verfolgt, vielleicht, weil man überzeugt ist, damit die Finanzmärkte nicht mehr zu verärgern? Aber selbst die Finanzmärkte kennen heute den Unterschied zwischen sparen und konsolidieren. Sparen kann, wie am Beispiel der Peripherieländer sichtbar wird, Budgetkonsolidierung erschweren oder gar verunmöglichen. Oder geht es beim Austeritätskurs um notwendige fiskalische Disziplin, die erfüllt werden muss, damit die Kernwährungsländer der Währungsunion bereit sind, im Rahmen einer Solidarunion Haftungen zu übernehmen? Fiskalische Disziplin der Euroraumländer ist tatsächlich eine notwendige Bedingung für das Funktionieren einer Solidarunion. Aber auch hier gilt wiederum, dass die fiskalischen Regeln ökonomisch sinnvoll ausgestaltet sein müssen, damit die Staatsverschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung abgebaut werden und fiskalische Disziplin tatsächlich erzielt werden kann.

Es scheint nun, dass viele EntscheidungsträgerInnen die Finanzkrisen üblicherweise folgende Dynamik von Entschuldung von Unternehmen sowie Haushalten und dem Wirtschaftswachstum nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Krugman und Layard weisen, wie zahlreiche andere Mainstream-Ökonomen zuvor, darauf hin, dass der private Sektor sich nach Finanzkrisen entschuldet, ein Prozess, der in Europa in den Ländern, die von der Finanzkrise besonders betroffen waren, erst begonnen hat. In der Folge sinken die Konsum- und Investitionsausgaben. Geringere Ausgaben der einen bedeuten aber geringeres Einkommen der anderen. In dieser Situation kommt dem öffentlichen Sektor eine bedeutende

Rolle zu. Er muss den Einbruch der Nachfrage durch öffentliche Ausgaben kompensieren. Erst damit könne die Staatsschuldenquote nachhaltig reduziert werden. Erfüllt der Staat diese Rolle nicht, droht eine Bilanzrezession, eine Situation, in der alle Sektoren gleichzeitig sparen und der Staat die durch die Entschuldung des privaten Sektors ausgelösten rezessiven Tendenzen noch verstärkt.

Wie sehen ökonomisch vernünftige fiskalische Regeln aus? Mario Monti hat vor kurzem eine Idee aus dem Jahr 1939, die auf den berühmten Finanzwissenschaftler und Harvard Professor Richard Musgrave zurückgeht, aufgegriffen und in seinen Forderungskatalog aufgenommen: die goldene Finanzierungsregel. Sie besagt, dass sämtliche öffentliche Investitionen, die für zukünftige Generationen eine Rendite bringen, über Neuverschuldung finanziert werden sollen, die laufenden Ausgaben hingegen mit Steuereinnahmen.

Dies bedeutet, dass bei der für die Schuldenbremse relevanten Berechnung des öffentlichen Defizits nur öffentliche Konsumausgaben einbezogen werden, nicht aber staatliche Investitionen. In den sechziger Jahren implementierte u. a. Schweden eine solche Budgetregel, 1997 führte schließlich Großbritannien die *golden rule* ein. Großbritannien sah im starken Rückgang der öffentlichen Investitionen nicht nur den Grund für die rapide Verschlechterung der Qualität von wichtigen Infrastrukturleistungen, sondern ganz generell eine Ursache für Wachstumsschwäche. Im deutschen Verfassungsrecht wurde die »goldene Regel« bis 2009 verankert, indem festgelegt wurde, dass die jährliche staatliche Neuverschuldung durch die Höhe der öffentlichen Investitionen begrenzt wird. Auch der deutsche Sachverständigenrat begrüßte in seinem Gutachten aus dem Jahr 2007 diese fiskalische Regel. Sie könnte dabei behilflich sein, den in Europa im Laufe der letzten drei Jahrzehnte kontinuierlich gesunkenen Trend bei den öffentlichen Investitionen umzukehren. Und sie könnte den nun beschlossenen Wachstumspakt in sinnvoller Weise ergänzen. 

HELENE SCHUBERTH arbeitet als Ökonomin in Wien.

